

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren).
Bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Verleger: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Reichenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Ein Nachwort zu den Tarifverhandlungen. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Aus der Schweiz. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Verufen. — Generalversammlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Außerordentlicher Verbandstag.

Die Unterzeichneten, der Verbandsvorstand und Verbandsausschuss, halten es für notwendig, dass der Verband in kürzester Zeit zu der diesjährigen Lohnbewegung und den damit zusammenhängenden Fragen Stellung nimmt, und sie haben daher beschlossen, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Dies den Mitgliedern vorläufig zur Kenntnis. Ort und Zeit für die Abhaltung des Verbandstages werden sobald wie möglich bekannt gegeben.

Der Verbandsvorstand. Der Verbandsausschuss.
J. A.: Th. Bömelburg. J. A.: Aug. Daehne.

Ein Nachwort zu den Tarifverhandlungen.

Seit dem Jahre 1898, dem Gründungsjahre des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, sind von dieser Organisation die baugewerblichen Arbeiter ununterbrochen mit einer allgemeinen Aussperrung bedroht worden, falls sie nicht mit den vom Unternehmerbund aufgestellten oder gebilligten Arbeitsbedingungen zufrieden seien.

Die Gebetsstagsparole des Unternehmerbundes lautete: Generalaussperrung der Gesellen und Arbeiter, um die Streikfassen zu sprennen. Krieg bis aufs Messer! Auf der ersten Generalversammlung des Bundes klang die Eröffnungsrede des Vorsitzenden Felsch dahin aus: Bevor wir nicht siegreich eine große Kraftprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen; eine solche Kraftprobe muß angestellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland, aussperrern können, damit es mit den „ungerechten“ Anforderungen ein Ende nimmt.

In den zehn Jahren seines Bestehens hat der Unternehmerbund systematisch daran gearbeitet, dies Ziel zu erreichen und — das muß offen ausgesprochen werden — er ist ihm hart nahe gekommen. Unter Anwendung eines in Arbeiterkreisen unmöglichen Terrorismus, durch Begünstigungsbündnisse mit den Materialfabriken und Händlern und nicht zuletzt infolge der fortschreitenden Arbeiterbewegung, hat der Unternehmerbund seine Mitgliederzahl nun so vermehrt, namentlich die geschäftsfähigsten, kapitalkräftigsten und somit einflussreichsten Unternehmer in sich aufgenommen, daß wir anerkennen müssen, er ist ein achtunggebietender Gegner für die Arbeiterorganisationen geworden.

Ein ganz natürlicher Vorgang ist es, daß sich diese Kräftezunahme nun Geltung zu verschaffen sucht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange sich der Unternehmerbund schwach fühlte, mußte er es leiden, daß die Arbeiterorganisationen ihre Lohnforderungen lokal- und bezirkweise zum Austrag

brachten; in denselben Grenzen konnten sich die einzelnen Unternehmer oder die Lokalverbände des Unternehmerbundes wehren, so gut sie es konnten und wollten. Die Unterstützung des Bundes bestand nur in Resolutionen, betreffend Verweigerung der Aufnahme von Streikenden bei streikfreien Bundesmitgliedern. Nur in verhältnismäßig wenigen Fällen griffen die nicht direkt beteiligten Unternehmer zu schärferen Mitteln, indem sie ihre Betriebe zu Gunsten der bestreikten Unternehmer schlossen. Nach und nach sind einzelne Unternehmerverbände aber immer häufiger zur Offensive übergegangen, und heute sehen wir den ganzen Bund geschlossen in Angriffsstellung gegen die Arbeiterschaft, um ihr die Arbeitsbedingungen zu diktieren.

Wir haben die Entwicklung kommen sehen und Schritt für Schritt verfolgt; wir haben auch die Mitglieder unseres Verbandes davon unterrichtet. Aber verbinden ließ sie sich nicht. Seit drei Jahren ist es bekannt, daß der Unternehmerbund alles daran setzen wollte und will, daß die Tarifverträge möglichst alle an einem Tage ablaufen, um schließlich zu gegebener Zeit Orte und Randgebiete mit schlechter Konjunktur gegen solche mit besserer Konjunktur auszuspielen und eventuell durch die Androhung einer Generalaussperrung die etwaigen Forderungen der Arbeiter niederschlagen zu können. Was konnten die Arbeiterorganisationen dagegen tun? Sie hätten natürlich den Abschluß solcher Tarifverträge verweigern können; denn zu Zeiten der Prosperität wäre ihnen die Verbesserung und Hochhaltung der Arbeitsbedingungen ebenso gut, wenn nicht besser, ohne Vertrag als mit Vertrag gelungen. Auf den Willen der Arbeiter allein kam es aber auch damals schon nicht an. Wo die Unternehmer es wollten und die für sie günstige Zeit dazu ausnutzten, konnten sie Verträge erzwingen, was sie auch getan haben. Andernfalls waren aber die Unternehmer ebenfalls jederzeit frei in ihren Entschlüssen, und sie hätten natürlich bei jeder ungünstigen Konjunkturveränderung versuchen können, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Seit der Mitte des vorigen Jahres wäre eine solche Freiheit für sehr viele Unternehmer jedenfalls ein „idealer“ Zustand gewesen. (Siehe Berlin.) Es wäre aber wahrscheinlich nicht bei der vorübergehenden Lohn-drückerei geblieben, sondern die Grundlage irgendwelcher späteren Tarifverhandlungen wäre naturgemäß ganz allgemein gesunken. Zudem wäre auch der Unternehmerbund an seine Frist gebunden gewesen; er hätte die von ihm angebotene Generalaussperrung ohne Vorverhandlungen schon im Herbst des vorigen Jahres oder zu jeder anderen ihm passenden Zeit durchführen können. — Wir machen diese Ausführungen, um dem etwaigen Einwand: den Führern der Arbeiterorganisationen hätte es an dem nötigen Weitblick gefehlt, von vornherein die Spitze abzubreaken.

Daß das Jahr 1908 im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stehen würde, war vorauszu sehen; nur darüber konnte man im Zweifel sein, ob es mit dem Beginn, dem Tiefstand oder dem Ende der Depression zusammenfalle. Zuverlässige Behauptungen lassen sich auch heute nicht darüber aufstellen, doch dürfen wir mit einiger Zuversicht hoffen, daß wir am Schlusse dieses Jahres den Tiefstand der Konjunktur überwinden haben werden. Nach den bisherigen Beobachtungen, wonach auf fünf Jahre mittelguter und Hochkonjunktur drei Jahre des Niederganges und allmählichen Wiederaufstiegs folgen, ist es wahrscheinlich, daß 1909 ein Jahr der langamen Erholung sein wird.

Daß unter solchen Umständen die Unternehmer bei den Verhandlungen Oberwasser hatten, ist verständlich. Und wenn trotzdem der Unternehmerbund seine Pläne nicht hat durchführen können, so haben die Arbeiter dies in erster Linie dem taktischen Geschick ihrer Organisationsführer zu verdanken. Vergessenwärtigen wir uns

kurz den Gang der Dinge. Durch das „geheime“ Protokoll haben wir erfahren, daß die letzte ordentliche Generalversammlung des Unternehmerbundes (Berlin, 21. Oktober) einmütig von Kampfentscheidung beherzigt worden war: Die Arbeiterorganisationen sollen und müssen wissen, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu einer Nacht geworden ist, die sie zu respektieren haben. Es handelt sich um eine Kraftprobe unseres Bundes, eventuell um eine Aussperrung über ganz Deutschland. — Mit solchen Kraftäußerungen wurde die Festsetzung eines für unabänderlich erklärten Moders zu einem für ganz Deutschland bestimmten Tarifvertrag eingeleitet. Nach diesem „Musterarif“ sollten bekanntlich die Gesellen und Arbeiter geschlossen werden in „tüchtige“ und „untüchtige“; nicht nur Junggesellen, Halbvalide und Altersschwache sollten außerhalb des Tariflohnes stehen, sondern auch die Leistungsbeschränkung oder „Billigkeit“ der normalen Arbeiter sollte nach dem Gutdünken des Unternehmers klassifiziert und danach der Lohn bemessen werden. Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle, auch während der Pausen, sollte bei Strafe der sofortigen Entlassung verboten sein. Überstunden sollten überall auf Anfordern des Unternehmers geleistet werden. Ueber die Gültigkeit der Verträge wollte der Vorstand des Unternehmerbundes in letzter Linie allein entscheiden.

Alle diese und noch andere schändliche Bestimmungen sollten nach dem Beschluß der Bundesgeneralversammlung unweigerlich Bestandteile des Tarifvertrages werden. Um keinen Streich wollten die Unternehmer hiervon abgeben. Und als bei den Verhandlungen die Arbeitervertreter dem Herrenstandpunkt der Unternehmer ein scharfes „Nie!“ entgegensetzten, wiederholte eine außerordentlich wichtige Generalversammlung des Unternehmerbundes (Hannover, 18. Februar) in Berliner Beschlüsse und unterstrich sie mit der Drohung: daß die Baugeschäfte am 1. April geschlossen würden, wenn die Verträge auf der Basis dieses Vertragsmoders nicht zu Stande kommen sollten. Aber die Arbeitervertreter ließen sich nicht schrecken. Mit dem Worte „tüchtig“, mit dem Agitationsverbot z. kein Vertrag, so lautete nach wie vor ihr Veto. Allerdings mußten sie, um dem Unternehmerbund möglichst viel Bind aus den Segeln zu nehmen, vorläufig auf die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden und auf eine allgemeine Lohnherabsetzung für das erste Vertragsjahr (1908) verzichten. Dieser Verzicht auf eine durchaus notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist den Verbandsvorständen und den sonstigen Vertrauensmännern der hauptsächlich in Betracht kommenden Bezirke gewiß nicht leicht gefallen; aber so zu handeln war eine taktische Notwendigkeit. Die vorausgesehene Folge davon war, daß der Unternehmerbund ebenfalls zurückzusehen mußte. Erst verzichteten die Unternehmerverbände für Mitteldeutschland und für Rheinland und Westfalen auf die von den Arbeitervertretern beanstandeten Bestimmungen (Coblenz, 14. März), und in weiterer Folge schloß sich der Gesamtbund diesem Vorgehen an. Der „Mustervertrag“ des Unternehmerbundes wurde zurückgezogen und in gemeinsamer Sitzung der beiderseitigen Zentralvorstände wurde ein Vertragsmuster vereinbart, das von den Arbeitern zwar keineswegs als ein Ideal betrachtet wird, aber doch einigermaßen erträglich ist. Halten wir daneben, daß trotz des beharrlichen Widerstandes der einflussreichsten Unternehmerverbände doch noch eine, wenn auch nur geringe, Lohnerhöhung herausgeschlagen worden ist, so dürfen wir wohl behaupten, daß alles in allem. — In Anbetracht der Krise und der drohenden Nachtprobe des Unternehmerbundes — die Arbeiter schließlich besser davon gekommen sind, als es anfänglich zu erwarten war.

Daß alle die hier und in der vorigen Nummer aufgeführten Gründe nicht ausreichen, um unsere Kollegen überall von der Notwendigkeit, den Schiedspruch anzunehmen, zu überzeugen, ist gewiß recht bedauerlich; denn es beweist, wie wenig alle Aufklärungs- und Bildungsbefrebungen bisher geholfen haben. Für weite Kreise unserer Mitglieder sind die wirtschaftlichen Zusammenhänge noch böhmische Dörfer. Von den notwendigen Voraussetzungen jeder erfolgreichen Lohnbewegung, von den aus den gegebenen Verhältnissen empowachsenden Entwicklungstendenzen im Austrag des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit weiß man vielerorts nichts, oder man verschließt die Augen absichtlich vor der besseren Erkenntnis. Nur so ist es zu erklären, daß Beschlüsse zu Stande kommen wie in Breslau und Wladan, wo man den Schiedspruch abgelehnt hat, oder daß man Resolutionen beschließt, wie die in dem heutigen Bericht von Köln wiedergegebene. Darüber sollten die Kollegen nun doch bald hinaus sein. Diesen Urteilen stellen wir ein anderes gegenüber, das für uns und für jeden Einsichtigen schwerer wiegt, als die Superlative der diversen Entrüstungs- und Protestresolutionen.

Genosse Eduard Bernstein hat uns folgendes Schreiben gesandt:

Meine Redaktion!

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen und durch Ihre Vermittlung dem Maurerverband zu dem soeben abgeschlossenen Tarifvertrag meinen Glückwunsch auszusprechen. Ich halte den Umstand, daß es dem Verband gelungen ist, diesen Vertrag zu erwirken, sowie den Abschluß des gleichartigen Vertrages im Holzarbeitergewerbe geradezu für ein Ereignis und habe diese Abschlüsse auch in meiner Maifestrede bei den Metallarbeitern Berlins als überaus hoffnungsvolle Erscheinungen in diesen, für viele Arbeiter so schweren Tagen begrüßt.

Bisher ist es den Gewerkschaften fast nur gelungen, bei guter Geschäftslage Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Diese Verbesserungen gingen aber bei dem dann folgenden Geschäftsdruck anfänglich ganz und später zu einem großen Teile wieder verloren. Die Kurve der Löhne stellte so ein Zickzack dar, der ziemlich parallel ging der Kurve des Geschäftsganges. Dies verriet eine Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, bei der es immer noch Leute geben konnte, die den Nutzen der Gewerkschaften in Frage stellten. Sie behaupteten, daß die Gewerkschaften ihre Lohnerfolge sich zu Unrecht aufs Konto schrieben; bei freiem Walten der Konkurrenz würde die steigende Nachfrage die gleichen Lohnsteigerungen zur Folge gehabt haben.

Das war falsch, aber es barg doch ein Körnchen Wahrheit. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter in den Stand gesetzt, die günstigen Konjunkturen viel energischer und systematischer auszunutzen, als es den vereinzelt Arbeitern gelingen konnte. Aber das war doch nur erst die Hälfte der zu lösenden Aufgabe. Die andere, größere und mehrerlei Aufgabe war, dem Druck der schlechten Konjunktur eine so starke Gegenkraft entgegenzusetzen, daß er die Lohnhöhe nicht treffen konnte.

Das ist nun durch den Maurerverband und den Holzarbeiterverband diesmal in einem Umfange und unter Bedingungen erzielt worden, wie nie zuvor in diesen großen Gewerten. Nur einige noch bevorzugte Industrien haben bisher Ähnliches durchgesetzt. In ihrer Art sind die beiden Verträge in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bisher ohne Beispiel, und selbst die englische Gewerkschaftsbewegung kann ihnen nicht allzuviel Gleichwertiges zur Seite stellen.

Wir stehen in einer Periode großen Geschäftsdrucks, deren Verlauf sich noch gar nicht übersehen läßt. Es kann den organisierten Kapitalmächten gelingen, sie abzukürzen, Naturereignisse (schlechte Ernte usw.) und politische Verwicklungen können sie erheblich verlängern. Wenn da eine Arbeiterorganisation mit einem mächtvollen Unternehmerverband zu einem Vertrag kommt, dessen erster und bestimmender Satz lautet: „In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten“, so ist das, ich wiederhole es, ein geradezu epochenmachendes Ereignis; ein Ereignis, das an Bedeutung gar manche Aussehen erregenden „Siege“ übertrifft.

Wohl mag der Abschluß manche Hoffnungen unerfüllt lassen, wohl mag die Ausschließung von Lohnverschlechterungen vielen nicht genügend erscheinen in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise dank unserer agrarischen Wirtschaftspolitik eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Aber das steht auf einem anderen Blatt. Bisher wurden die Arbeiter bei solchem Anlaß von zwei Seiten her geschlagen. Daß sie nach der einen Seite hin gebückt sind, wird sie um so mehr befähigen und muß ihnen auch ein um so größerer Ansporn sein,

den Kampf nach der anderen Seite hin nicht minder zu führen. Daß diese Deduktion erzielt wurde, ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß der Kampf der Gewerkschaften immer weniger Stiphusarbeit wird, immer sicherer zur tatsächlichen Hebung der Arbeiterklasse führt. In diesem Sinne bleibt der Abschluß der Verträge ein denkwürdiges Ereignis in den Annalen des Arbeiterkampfes, das uns alle mit Begeisterung erfüllen muß.

Mit sozialdemokratischem Gruß E. Bernstein.

Ganz ungewöhnlich war die Art der Verhandlungen, weil sie, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, in ihren letzten Abschnitten zwischen den beteiligten Zentralvorständen von einer Stelle aus für das ganze Reich geführt wurden. Noch ungewöhnlicher deshalb, da die Vorstände der Arbeiterorganisationen weder zu solchen Verhandlungen, noch zum Abschluß eines solchermassen zu Stande gekommenen Vertrages einen speziellen und festumschriebenen Auftrag der Gesamtheit ihrer Mitglieder hatten. Auf die statutarisch- oder moralisch-rechtliche Seite dieser Angelegenheit brauchen wir hier jedoch nicht weiter einzugehen; denn wir sind mit dem Vorstand unseres Verbandes der Meinung, daß seine Stellung der Sachlage völlig entsprach, wie wir auch die Ueberzeugung haben, daß sich die übergroße Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder mit der „Rechtsverletzung“ abfinden wird.

Neuerst interessant ist aber der Gang der Verhandlungen insofern, als er uns mit beispielloser Schnelligkeit zu einem „Reichstarif“ geführt hat. Wenn wir einige Jahre zurückblicken, so sehen wir, daß unsere bangewerblichen Unternehmer sehr wenig Interesse für den Tarifvertrag bekundeten. Noch im Jahre 1900 erklärte der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, er sei zu der Ueberzeugung gekommen, „daß es sich mit Rücksicht auf die sehr verwickelten Verhältnisse im Baugewerbe innerhalb Deutschlands, auf die bisher noch häufig auftretenden gegenteiligen Ansichten über die Möglichkeit eines Vorgehens nach der angebotenen Richtung, aber auch auf Grund der gemachten Erfahrungen in der Mehrzahl von Städten, in denen berartige Vereinbarungen (Tarifverträge) bereits getroffen sind, vorläufig nicht empfiehlt, die bereits angeregte Frage durch den Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe weiter zu verfolgen.“ Diese Erklärung war die Antwort auf eine Mitteilung unseres Verbandsvorstandes, an die erste Bundes-Generalversammlung, in der keineswegs von einem Reichstarif die Rede war, sondern worin nur zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Zahlstellen unseres Verbandes bereit seien, unter bestimmten Voraussetzungen Tarifverträge mit den örtlichen Unternehmerorganisationen abzuschließen. — Damals war die Unternehmerorganisation noch schwach, der Bund eben erst im Entstehen, und er war sich noch im Unklaren darüber, wie er sich des Ansturms der organisierten Arbeiterkraft am besten erwehren könnte: mit oder ohne Tarifvertrag? Eine andere Beurteilung fand die Frage bei dem Bund, als er von Jahr zu Jahr mehr erlachte und mancherorts die Tarife zum schlechten beeinflussen konnte. Im Jahre 1905 erklärte derselbe Vorsteher, der die obige Erklärung unterzeichnet hatte: „Eine Tarifgemeinschaft mit den Arbeitern zu schließen, ist das Idealste, was es gibt; um diese aber zu erreichen, gehört Macht.“ Seit dieser Zeit arbeitet der Unternehmerbund allerdings daran, die Tarifverträge zu konzentrieren. Aber nicht etwa in dem Sinne, die Arbeitszeit und den Lohn den Größenverhältnissen der Orte angemessen zu gestalten, sondern nur in bezug auf Knebelparagrafen für die Arbeiter und auf den gleichzeitigen Entzerrung der Verträge. Das Produkt dieser Erwägungen war der „Mustertarif“.

Bei der Beratung und Herausgabe dieses Mustertarifs wird der Unternehmerbund aber kaum daran gedacht haben, daß die Verhandlungen so langwierig und vermorren werden könnten, daß der Bundesvorstand selbst sie schließlich in die Hand nehmen mußte. Er hat seinen Unterverbänden nur eine Richtschnur geben und sich ein Vetorecht vorbehalten wollen; im übrigen sollten die Verhandlungen wie bisher zwischen den örtlichen Organisationen geführt werden. Die Führer der Arbeiterorganisationen haben zwar von vornherein gewußt, daß die von dem Unternehmerbund inspierten Verhandlungen auf der angenommenen Grundlage nicht zum Ziele führen könnten; einen solchen Ausgang haben aber auch sie nicht gewollt, da ja unter den obwaltenden Umständen gegen einen Reichstarif, und möge es nur ein Schattens davon sein, die schwersten Bedenken bestehen mußten. Und dennoch: der Knoten konnte nicht anders gelöst werden, oder man hätte ihn durchhauen müssen.

Insmerhin sind wir von einem wirklichen Reichstarif noch sehr weit entfernt. Der jetzige Tarif ist nur in bezug

auf die allgemeinen Bestimmungen und die Ablaufszeit einheitlich. In einer weiteren Regelung werden wir wahrscheinlich auch 1910 noch nicht kommen. Die Grundlage eines Reichstarifs muß sein, die Verhängung über die tatsächliche Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, und zwar gleichmäßig für gleich große bzw. gleich bedeutungsvolle Orte. Ob sich der Unternehmerbund bis dahin zu einem solchen Standpunkt durchgerungen hat, muß heute als sehr zweifelhaft erscheinen. Aus demselben Grunde muß stark bezweifelt werden, daß 1910 die Tarifverneuerung auf der jetzt geschaffenen Basis glatt von statten geht. Unseren Kollegen müssen wir deshalb schon jetzt zurufen: Rüstet unablässig für die kommenden Kämpfe, damit, wenn eine friedliche Lösung nicht möglich ist, unsere Macht die Macht des Unternehmertums überragt.

Wie es aber auch kommen möge, so viel ist sicher: Für die nächsten Verhandlungen muß von vornherein eine andere Grundlage geschaffen werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontermäßigung und Börse. — Kohlenindustrie. — Eisenproduktion und Eisenausfuhr. — Schiffsbau. — Kleinere Gewerbe. — Getreidepreise.

Die lange erwartete und angekündigte Diskontermäßigung der Reichsbank ist tatsächlich am 27. April beschlossen worden. Die Ermäßigung betrug jedoch, trotz der langen Verzögerung, nur ein halbes Prozent; so daß wir also seit dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrisis folgende allmähliche Wiederabtragung der Rantsätze zu verzeichnen haben: 8. November 1907 7½ pSt., 13. Januar 1908 6½ pSt., 25. Januar 6 pSt., 7. März 5½ pSt., 27. April 6 pSt. Der Reichsbankpräsident haben sich riet vor dem Zentralausschuß abermals zu fortgesetzter Vorsicht. Die Senkung um ½ pSt. sei das äußerste, was einstweilen geschehen könne, so gern man den Wünschen der Geschäftswelt betreffs des billigeren Geldes entsprechen würde. Gegen diese Ausführungen erhob sich, wie es im Bericht steht, von seiner Seite ein Widerspruch.

Da die Geschäftswelt, vor allem die Börse, schon seit ein paar Wochen mit der bevorstehenden Diskontermäßigung gerechnet hatte, so blieb jeder lebende Eindruck aus; eher machte sie eine gewisse Enttäuschung geltend, daß man nach verlängerter Krenzzeit immer noch so wenig erhielt. Einige Industriewerte sind zwar in der letzten Aprilwoche gestiegen, doch handelt es sich dabei meist um Unternehmungen, denen bestimmte große Werke nahe stehen, bei denen also die „Nachschubarbeit“ offenbar in erster Linie den Zweck verfolgte, mit allen Aktienbesitzern der Großfinanz unter günstigeren Bedingungen aufzuräumen. Ferner trieb man die Vergewaltigungen mit einem Erfolg in die Höhe, auch die Zuckerraffinerien, da auf dem Weltmarkt die Zuckerpresse infolge der Angebotsknappheit eine steigende Tendenz zeigte. Natürlich ist es dagegen gleichzeitig noch immer um unsere Reichs- und Staatsanleihen aus, da jede sich regende Kurserholung sofort wieder durch das Ueberangebot neuen Schuldenmaterials erdrückt wird. Waren doch die vierprozentigen Anleihen zeitweise unter den Subskriptionskurs (90,30) der letzten Schuldenvermehrung gesunken und heute (am 2. Mai) lassen sie den Zeichen noch immer nicht ein paar Pfennige Kursgewinn, der allein doch fernere staatliche Kumpferische befehle und auskömmlicher gestalten könnte.

Ein gewisses Einlenken zu weniger herausfordernder Praxis bereitet sich ansehend bei dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat vor. In der Beschlusseversammlung vom 22. April wurde eine etwas geringere Produktionseinschränkung für die Monate Mai und Juni festgesetzt: für Kohle 12½ pSt., für Koks 30 pSt., für Brissetts 5 pSt. Die Produktionseinschränkungen — aus denen, sich, wie wir, um Zerstörer zu vermeiden, wiederholen, die abgabenfreien, nicht die tatsächlichen Produktionsmengen ergeben — stellten sich also bisher im laufenden Jahre:

1908	Kohle Prozent	Koks Prozent	Brissetts Prozent
Januar	—	10	—
Februar	—	10	—
März	10	20	—
April	15	35	10
Mai	12½	30	5
Sumi			

Die deutsche Roheisenproduktion war, nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, im letzten Monat März bereits geringer als im März 1907 und sogar 1906. Sie belief sich nämlich im Monat März 1908 auf 1 048 998 Tonnen gegen 1907 mit 1 099 257 Tonnen und 1906 mit 1 058 527 Tonnen. Für die ersten drei Monate stellt sich 1908 auf 3 102 613 Tonnen gegen 3 189 600 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei scheinen wir eine Erfahrung von neuem zu machen, die schon für die Depressionsperiode nach 1900 charakteristisch war: trotz der sich abmindernden Erzeugung steigt die Ausfuhr, die man gewöhnlich zu forcieren sucht, um die Leistungsfähigkeit der Werke immer noch nach Möglichkeit auszunutzen. Allerdings trifft das im März nicht speziell für das Roheisen zu, wohl aber um so mehr für andere Eisenerzeugnisse, die doch nur eine ungewandelte Form des Roheisens darstellen. Die gesamte Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren betrug Tonnen (zu 1000 Kilo Gramm):

	1907	1908
Januar	258918	247128
Februar	268977	808761
März	297657	818224
1. Vierteljahr	820488	874108

Das erste Quartal übertrifft demnach in diesen Ausfuhr das Vorjahr bereits um 53 000 Tonnen oder um 6,5 pSt. Rohwolle, Wolle, Seiden, Eisenbahnmaterialien waren an der Märzsteigerung der Ausfuhr besonders stark beteiligt.

Ein großer Abnehmer der Eisenindustrie und zugleich vieler anderer wichtiger Produktionszweige ist der Schiffsbau. Auf dessen kritische Lage in England, das noch immer über den Einfluß der internationalen Lieferfähigkeit auf diesem Gebiet umfacht, kamen wir anlässlich der Rohstoffkrisen im Norden und Nordosten Großbritanniens zu sprechen; hier ist der Rückschlag, schon seit dem zweiten Vierteljahr 1907 allmählich beginnend, am einschneidendsten. Doch kommt die rückläufige Bewegung fast überall, in allen Ländern und Erzeugnissen, zum Ausdruck. Daß der Schiffbau fast ganz aufgehört hat, ist am Ende der Folgeerscheinung nicht der Niedererfristung, sondern eines selbst in Hochkonjunkturzeiten fühlbaren Entwicklungsprozesses. Aber auch bei den Dampfern stellt man wohl die einmal begonnenen Fahrzeuge fertig, doch an Aufträgen mangelt es; viele Schiffswerften unternehmen Bauten auf eigene Rechnung, um ihre Betriebe, tote Anlagen sowohl wie lebendige Arbeitskräfte, nicht stillzusetzen und einzubüßen. Nach der Statistik waren Dampfer im Bau in:

	31. Oktober 1907	31. Dezember 1907	31. März 1908
	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Deutschland	238000	251700	218000
Frankreich	109800	107300	92200
Japan	80800	76600	101600
Italien	70400	46400	46300
Holland	45700	43900	44500
Norwegen	31200	35500	31200
Schweden	3900	5700	6300
Oesterreich-Ungarn	12700	12600	18000

Die meisten Länder hatten also ihren Höhepunkt bereits Ende Oktober zu verzeichnen. Deutschland und Norwegen schieden jedoch erst Ende Dezember. Gegen diese Höhenpunkte ist fast überall der Abfall kein geringer, mit Ausnahme Japans und Oesterreich-Ungarns, die ihren Aufschwung fortsetzen, während Holland sich im wesentlichen auf dem gleichen Niveau zu halten vermochte. Der deutsche Schiffbau soll in normaler Zeit 50 000 bis 60 000 Arbeiter beschäftigen, der englische 400 000 bis 350 000. Für die Vereinigten Staaten fehlt eine genauere Nachweisung, doch ist hier wahrscheinlich die Depression eher eine noch größere als in Europa.

Ueber die Beschäftigung der Kleinrentenindustrien brachten vor ein paar Tagen die Zeitungen einen sehr instruktiven Bericht aus dem Rheinlande. Hier spielt der Export eine große Rolle und deshalb war die Störung in den Vereinigten Staaten überaus empfindlich. Die täglichen Gebrauchsgüter sind, weil unentbehrlich, weniger Schwankungen des Absatzes unterworfen; aber selbst jetzt ist dies nicht ohne die bestehende Handelstür zu sein, er geht lieber von seinen Vorräten und verzögert die Einfuhr auf spätere Zeit, von der er ein noch billigeres Angebot erwartet. Am härtesten von dem Niedergang ist die Baubedarfsindustrie betroffen; der Bau wird nicht mehr ausgedehnt, Schlösser, Regeln usw. geht täglich mehr zurück und verlangt ein Weichen der Preise, da die Konventionen sich nicht als stark genug erweisen, die Preise zu halten. Im Rheinischer Bezirk, der vor allem den industriellen Bedarf an Werkzeugen widerspiegelt, sind fast überall Arbeiterentlassungen vorgenommen und die Betriebe stark eingeschränkt worden. Aufrechterhalten sind fast nur solche Zweige, die den lebhaften landwirtschaftlichen Verkehr liefern; auch der Weg landwirtschaftlicher Geräte soll lebhaft geblieben sein, allerdings bei weniger günstigen Preisen als vorher.

Die Weizenpreise sind, nach dem ewigen Auf und Ab dieses Jahres, abermals seit dem 1. April fast stetig gefallen. Maiweizen stand am 27. März 206%, am 30. März 203, dann am 1. April 204, am 3. April schon 202%, am 23. April 215, am 24. April 217%, seitdem ist ungefähr, mit einer geringen Schwankung, dieser Stand geblieben (am 2. Mai 216 und etwas darunter). Der Roggen folgte wie gewöhnlich in der gleichen Richtung. Mairoggen stand am 30. März 191%, am 1. April schon wieder 194, am 3. April 196%, nach zeitweiligem Niedergang bis auf 192 am 13. April notierte er am 23. April 196%, am 24. und 27. April sogar 197%, am 2. Mai stand er immer noch über 196%. Das sind zwar noch nicht die letzten Oktober- und Novemberpreise wieder (im Monatsdurchschnitt Weizen 228 und 226 Mark, Roggen 209 und 211 Mark). Aber wenn nicht bald außerordentlich günstige internationale Saatenlandsberichte die Marktsituation beeinflussen, so wird der Preisstand von den Zufuhren aus der alten Ernte, denen man, wie den argentinischen, mit viel Hoffnung entgegenzusehen, kaum noch nach unten beeinflusst werden.

Berlin, 3. Mai 1908.

Mag Schippel.

Die Ernteaussichten in Rußland sind sehr trübe. Das „Russische Bulletin“ meldet: Das Komitee zur Unterstützung Rußlands von der Provisorischen Regierung in Moskau erhält aus vielen Gegenden Auslands die Nachricht, daß die Ernteaussichten für dieses Jahr sehr trübe sind. Besonders sind die Wintergetreide vollständig vernichtet, in anderen Orten haben sie unter der Überschwemmung und sonstigen ungünstigen Verhältnissen stark gelitten. Im allgemeinen kann erwartet werden, daß die diesjährige Ernte bedeutend schlechter ausfallen wird als selbst im Hungerjahr 1907.

Zu derselben Frage bringt die „Mowje Woenja“ folgenden Bericht: Im Schwarzseeroden sehen die Wintergetreide allerorts schlecht. Im Süden haben die Saaten unter den Wärmefrost und darauf unter der Überschwemmung stark gelitten. Die Feldarbeiten haben noch nicht begonnen. Besonders haben überall die Bauernwirtschaften gelitten. In vielen von ihnen machte sich schon im Herbst ein Mangel an Saatgut bemerkbar, und darum blieb ein großer Teil der Winterfelder unbefestigt. Im allgemeinen — so schließt das Blatt — ist der Saatenstand außerordentlich

schlecht und flößt ernste Besorgnisse um die künftige Ernte ein.

Bei der Bedeutung der russischen Getreideproduktion für das deutsche Wirtschaftsleben werden auch wir unter der beschränkten Richtigkeit zu leiden haben.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage.

Belohnung für „aufgeklärte“ Beamte. Maß- und Gewichtsordnung. Internationales Abkommen. Verabschiedung weiterer Gesetze. Wahlprüfungen. Vertagung des Reichstages. Die „Großkisten“ der Wählerparteien. Der Freisinn im Dienste der Reaktion.

Vier Sitzungen von sehr langer Dauer waren es, die der Reichstag am 4. bis 7. Mai abhielt. Schon seit Ende der Osterferien rechneten die Wählerparteien mit der in Aussicht genommenen Vertagung des Hauses bis zum Herbst. Sie beschleunigten die Beratungen, in offener Weise, natürlich auf Kosten der Gründlichkeit, um ein gewisses Pensum noch so schnell wie möglich zu erledigen. Längere Debatten brachten die Beratungen eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Finanzverwaltung. Es handelt sich um außerordentliche unidirektionale Zulagen für die in der Provinz Posen und den genossenschaftlichen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Angestellten und Unterbeamten der Provinzialverwaltung in Höhe von 710 000 und der Provinzialverwaltung in Höhe von 333 558. Diese Einrichtung hat eine politische Tendenz. Die Zulage soll eine Belohnung für politische Wohlverhalten der Beamten sein; sie soll dem Kampfe gegen das Polentum dienen. Sozialdemokraten, Zentrum und Polen bekämpfen die Vorlage energig. Offen wurde ausgesprochen, daß man von den Beamten lediglich Pflastersteinen zu verlangen habe, und daß die Bezahlung einer bestimmten politischen Gesinnung und Vertikung verwerflich ist, da sie nur die politische Gesinnungslosigkeit fördert und ein charakterloses Streben, ein politisches Schlingensiefel und Denunziantentum nützt. Aber das politische Gewissen der Wählerparteien war solchen Erwägungen unzugänglich; sie nahmen die Vorlage an.

Es folgte die Erledigung des Entwurfs einer Maß- und Gewichtsordnung, die u. a. bestimmt, daß zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr nur geeichte Maße, Gewichte und Wagen benutzt werden dürfen, daß Förderwagen und Fördergerüste im Bergwerksbetriebe, soweit sie zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, der Neueidung bedürfen, und daß endlich Wein, Obstwein und Bier faßweise Verkauf nur in geeichten Fässern verkauft werden darf. Unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, daß auch im nichtöffentlichen Verkehr benutzte Maße geeicht werden müssen, ferner, daß Förderwagen und Fördergerüste, die im Bergwerksbetriebe zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, auch der Neueidung bedürfen, wurde die Vorlage in der Kommissionsfassung unverändert angenommen.

Bei der Erledigung einer Reihe von Wahlprüfungen offenbarten die Freisinnigen ihren fanatischen Haß gegen die Sozialdemokraten in drastischer Weise. Die Wahlprüfungskommission hatte u. a. beantragt, die Wahlen der sozialdemokratischen Abgeordneten Schwaarz, Ribbe und Böhl-Erstrahlung für gültig zu erklären. Auf freisinnigen Antrag beschloß die Wahlprüfungskommission, die Wahlprüfung auszusprechen und „neue Weisheitsgebungen“ herbeizuführen, obwohl die Gültigkeit dieser Wahlen ganz außer Zweifel steht. Überdies erlebten die Freisinnigen den Schmerz, daß die durch arge amtliche Mißhandlungen zu Stande gebrachte Wahl eines ihrer Führer, des Professors Eichhoff, mit nur fünf Stimmen Majorität für „gültig“ erklärt wurde.

Eine Reihe von Nachtragsanträgen für die Schulpflicht, mehrere internationale Abkommen, betreffend das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen, das Verbot der Verwendung von weissem Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern sowie des internationalen Privatverkehrs auf dem Gebiete der Wägen der Ehe, der Entmündigung und des Zivilprozesses; ferner wurde das Automobilgesetz, der Dampferubventionsgesetzentwurf, das Münzgesetz, das Gesetz über den Versicherungsbau, das Entwurf, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Verfassungsentwurf), das Botschaftsgesetz u. a. in dritter, leistung ohne längere Debatten erledigt.

Dann trat auf Grund gemeinsamen Beschlusses des Bundesrates und des Reichstages die Vertagung bis zum 20. Oktober ein.

Nach Ablauf der Vertagungsfrist, am 20. Oktober, wird zunächst nur die Gewerbeordnungs-Kommission wieder zusammentreten. Die nächste Plenarsitzung dürfte dann am 2. November stattfinden.

Der abgelaufene Tagungsabschnitt ist der zweite der ersten Session des am 19. Februar 1907 zusammengetretenen neuverwählten Reichstages. Schon einmal, am 14. Mai 1907, wurde diese Session durch eine Vertagung über Sommer bis zum Herbst unterbrochen. Durch derartige lange Vertagungen, zu der ein besonderer übereinstimmender Beschluß des Bundesrates und des Reichstages erforderlich ist, wird der sonst verfassungsmäßig notwendige Schluß der Session verniedert. Sie hat sich im Laufe der letzten zwei Jahresgäste öfter als notwendig erwiesen in Rücksicht darauf, daß wichtige Vorlagen nach ihrer Erledigung im Plenum und in den Kommissionen liegen. Erfolgt Schluß der Session, so wird alle Arbeit, die auf solche Vorlagen bereits verwendet worden ist, praktisch wertlos. Sie müssen dann in der nächsten Session aufs neue eingebracht und verfassungsmäßig behandelt werden, was eine Wiederholung bereits geleisteter Arbeit ist. Durch die Vertagung wird das verhindert. Plenum und Kommissionen nehmen bei ihrem Wiederauftritt die unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Der Umstand, daß die Gesetzesvorlagen sich immer mehr häufen, daß insbesondere der Etat die Zeit des Reichstages immer mehr in Anspruch nimmt, wodurch die Erledigung anderer Vorlagen erschwert und verhindert wird, gibt Anlaß zu der Frage, ob es denn überhaupt nicht empfehlender wäre, die Teilung der Legislaturperiode in Sessionen ganz aufzugeben.

Der abgelaufene Tagungsabschnitt hat dazu gedient, den Bloß seinen „Verfassungsnachweis“ erbringen zu lassen. Als er begann, entwickelte sich ganz plötzlich eine gerieten dermaßen „hart“ aneinander, daß fürst Wilhelmsamen kategorisch erklärte, das sei ein unerträglicher Zustand, so könne es nicht weitergehen; sie müßten aufhören, die Regierung und die Bloßpolitik vor aller Welt zu discredibilisieren und zu blamieren; wenn sie nicht „harmonisch zusammenwirken“ könnten, so sei die Regierung entschlossen, den Bloß preiszugeben. Die Bloßbrüder gingen denn auch in sich; eine Veröfentlichung wurde im Reichstage aufgeführt; die Führer der Wählerparteien gelobten in deren Namen, „unwandelbare Treue zur Bloßpolitik“. Immer jämmerlicher wurde nun die Haltung der Freisinnigen; von nun an gingen sie mit der Regierung, den Konservativen und den Nationalliberalen durch die Schind und Dönn. Beim Vereinsgesetz machten sie sich des schändlichsten Verrates an den liberalen Prinzipien schuldig, indem sie dem § 7 zustimmten und auf das Verlangen der Konservativen auch noch den Ausschluß der jugendlichen Personen bis zu 18 Jahren aus politischen Vereinen und Versammlungen beschloßen. Offen bekannten sie sich zu der Tendenz, ohne Rücksicht auf die Volksinteressen die „mitregierende“ Partei bleiben zu wollen.

Auch beim Vorlesegesetz und bei der Novelle zum Unterstützungswohngesetz fügten sich die Freisinnigen den Präntationen der Konservativen. Damit ihrer „Bloßtreue“ blieb das Gesetz über die Majestätsbeleidigungen eine himmerliche Halbheit mit reaktionärer Tendenz gegen die Sozialdemokratie. In der Frage der sozialpolitischen Reformen erwies sie sich als heuchlerische Schwärze. Die meisten ihrer Redner saßen ihre Hauptaufgabe darin, in wüßter und dummer Weise auf die Sozialdemokratie zu schimpfen. Zwar blieben sie diesmal noch verschont von der Belastungsprobe des Bloß durch neue Steuerentwürfe. Aber die werden nun ganz sicher im nächsten Tagungsabschnitt kommen. Schon jetzt steht fest, daß die Freisinnigen bereit sind, neue indirekte Steuern zu bewilligen. Sie haben mit dazu geholfen, daß das deutsche Volk im laufenden Etatsjahre rund drei Milliarden Mark für die Reichskasse aufbringen muß und daß sich im Verlaufe dieses Jahres die Reichsschuld um eine Milliarde erhöhen wird. Und damit ist es dann bei weitem noch nicht getan. So werden die Freisinnigen, um „nicht ausgefaltet“ zu werden, keine Bedenken tragen, ihre „Bloßtreue“ auch darin zu beweisen, daß sie dem Volke neue Steuerlasten aufbürden helfen.

Die liberale Bloßpresse freilich möchte glauben machen, daß der Bloß „Großkisten“ vollbracht hat. Alles in allem hat er nur parteipolitische Schachergeschäfte zum Nachteil des Volkes getrieben. Die herbeizugelieferten „Großkisten“ der Freisinnigen insbesondere besteht darin, daß sie sich völlig zu Geloten der offiziellen Parteien haben degradieren lassen. Von einem Liberalismus im Reichstage kann heute keine Rede mehr sein. Die „Freisinnigen“ sind bestentlicher geworden als die Konservativen, denn die machen wenigstens aus ihrer wahren Gesinnung und ihren wahren Absichten kein Geßel. Der Parlamentsfreisinn aber hat sich zur Ausgeburt parteipolitischer Egoidelei verwandelt. Und dieser selbe Freisinn trägt es, die Arbeiter um ihre Hilfe bei den preussischen Landtagswahlen anzugehen! Sie meinen sogar, die Sozialdemokraten hätten geradezu die Pflicht, sie unbedingt zu unterstützen. Und das, trotzdem sie bereits Bündnisse mit den Konservativen und Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie eingegangen sind. Wir sind überzeugt, daß die Arbeitermassen den verräterischen jämmerlichen Freisinn behandeln werden, wie er es verdient.

Lohnerhöhung und Lebensmittelerhöhung. Wir haben bereits einige Auslassungen von Handels- und Gewerbeinnern mitgeteilt, die offen zugeben, daß die von den Arbeitern nie und da erzielten Lohnerhöhungen ganz oder nahezu durch die Steigerung der Lebensmittelpreise aufgehoben werden. Jetzt liegt der Jahresbericht der Kammer der Großhändler für 1907 vor, in dem es heißt: Der größere Teil des Jahres stand noch unter dem günstigen Einfluß der Hochkonjunktur, nur war die kommende Depression bereits ihre Schatten voraus, ohne aber die Jahresergebnisse in der Industrie erheblich zu beeinflussen. Deshalb muß auch das Jahr 1907 immerhin als ein günstiges bezeichnet werden. In dem flotten Inlandgeschäft lag auch eine gute Ernte wesentlich bei. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte erreichten infolge geringer Ernten des Auslandes eine Höhe wie selten zuvor und machten die Lohnerhöhungen der Arbeiter zum großen Teil illusorisch. Diese Tatsache läßt sich eben nicht durch schöne Worte aus der Welt schaffen.

Auch eine Lohnherhöhung. Zentrumsblätter melden: In unrichtigen Kreisen wird neuerdings mit Bestimmtheit behauptet, daß dem preussischen Abgeordnetenhaus bald nach dem Wiederauftritt eine Vorlage für eine beträchtliche Erhöhung der Zivilliste des Königs von Preußen ausgeben werde. Gleichzeitig ist man mit der Ausarbeitung einer Vorlage für den Reichstag beschäftigt, in der eine hohe Dotation für den König von Preußen als deutschen Kaiser gefordert wird. Mit Führern einzelner Parteien des Bloß haben bereits vertrauliche Besprechungen stattgefunden. In der Wilhelmstraße wird die Tatsache, daß die Einbringung der Vorlage bedingungslos ist, nicht geleugnet.

Die Bloßpresse erklärt zwar, diese Meldung sei unbegründet. Sie kommt den Wählerparteien natürlich sehr unlegen zum Landtagswahlkampf. Deshalb dementiert man sie. Wir glauben, daß das Projekt wirklich besteht. Es war schon vor einigen Jahren einmal davon die Rede. Anderen deutschen Fürsten ist ja auch die Zivilliste erhöht worden.

Die „unpolitischen“ Kriegervereine. Der preussische Landesfreigewerband macht mobil zum Schutze des preussischen Dreifaltigkeitswappens. In einem von ihm zu den Landtagswahlen erlassenen Aufrufe heißt es:

Die Satzungen verbieten uns, die Sozialdemokratie durch Wort und Tat zu unterstützen. Kein Mitglied eines dem preussischen Landestriegerverband angehörenden Vereins darf daher einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, weder als Wahlhelfer noch als Wahlmann. Daselbst gilt von den Angehörigen der russischen Partei und der polnischen Bewegung.

Ist das kein Terrorismus? Der Landestriegerverband wird natürlich die öffentliche Abkündigung konstatieren. Wer dem Aufruf entgegen kommt, wird ausgeschlossen. Diese Drohung ist zwischen den Seiten zu lesen. Aber die Kriegervereine sind „unpolitisch“!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugung von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Travemünde (Sperre über Schrmann), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Aiseneche Zementfabrik in Lägerdorf), Tondern, Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperren über das Rader Koks- und Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte), Meldorf (Sperre über Mohr in Niendorf);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Friedland (Streik der Badhilfsarbeiter), Sülze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Caputh (Aussperrung), Wittstock a. d. D. (Sperre über den Unternehmer Piest), Zäckerick (Sperre über Friedrich & Wobermin), Schwerin a. d. W. (Differenzen);

Pommern:

Pyrzitz (Differenzen), Köslin (Sperre über Schüttner), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Sallgast, Ueckermünde (Aussperrung), Pölitz, Bahn (Streiks);

Ost- und Westpreussen:

Sonsburg (Sperre über Reese), Mewe (Sperre über Schulz), Graudenz (Sperre über Karlguth), Rastenburg, Hammerstein (Aussperrung), Deutsch Eylau (Sperre über Wilke);

Posen - Schlesien:

Görlitz (Sperre über Pötschke in Horka), Brieg (Sperre über das Baugeschäft Winkler), Gassen (Aussperrung), Krotoschin (Differenzen);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien- & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Göhlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, in M. Steyskal, Sohrstrasse), Zittau (Sperre in Böhmisches Ullersdorf), Sebnitz (Differenzen), Mülsen-St. Niklas (Sperre über Ferd. Dahn);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Heringen a. d. Elbe (Streik);

Thüringen:

Sonneberg (Sperre über Bauer & Söhne), Zechau (Sperren über die Zuckerraffinerie in Rositz und über die Firmen Orweck & Böttcher und A. Dietze in Rositz und O. Müller in Monstab), Arnstadt (Sperre über Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Norderney (Aussperrung), Visselhövede (Streik), Stadthagen, Wunstorf (Differenzen), Misburg (Sperre über die Zementfabrik Germania), Burgdorf (Sperre über Dieckmann in Hülptingen), Sachsenhagen b. Hann. (Sperre über Mensching);

Westfalen und Rheinland:

St. Johann (Sperre über Ackermann in Merchweiler), Köln (Differenzen am Rheinbrückenbau, Sperre über Merling & Beier), Düsseldorf (Sperre über Gronen);

Ressen und Waldeck:

Schmalkalden (Sperre über Peter), Gudensberg (Sperre über Möbus & Köhler), Heppenheim a. d. Bergstrasse (Differenzen), Melsungen (Sperre über H. Siemon), Darmstadt (Sperren über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Streik), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheim Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Elsass-Lothringen:

Mülhausen (Differenzen);

Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperre über Nabauer);

Friesenleger:

Duisburg (Sperre über Gebr. Bönnig);

Oesterreich:

Hermannshütte, Kaaden, Karlsbad, Königsberg, Lobositz, Niemess, Prerau, Saaz, Ung. Königsb.

Gau Berlin.

Die Aussperrung in Gießen ist durch einen Schiedspruch des Gewerbegerichts beendet. Der alle, vor der Aussperrung geltende Lohn von 43 $\frac{1}{2}$ wird weitergezahlt und am 1. April 1909 um 2 $\frac{1}{2}$ auf 46 $\frac{1}{2}$ erhöht. Ein Schiedsrichter für Gießen ist die christliche Sozialpartei. Der Vorstand und die Lohnkommission, die die Fäden in den Händen hatten — unsere Organisation kommt nur wenig in Frage — spielten ein edel christliches Doppelspiel. Erst besorgten diese Leute für sich tüchtig Arbeit und als sie diese erschaffen hatten, beriefen sie eine Versammlung ein, um ihr mitzuteilen, daß die Unternehmer den Schiedspruch angenommen hätten. Darauf wurde der Streit aufgehoben. Am anderen Tage, als sich die Kollegen um Arbeit bemühen wollten, waren diese edlen Herren bereits auf den Baustellen. Da die Arbeitsgelegenheit durch Materialmangel gering ist, so konnten dieser Mäuerarbeit zufolge neben elf Kollegen anderer Kollegen noch circa vierzig Kollegen des christlichen Verbandes keine Arbeit finden. Bei solchen Vorbedingungen wird man für die Zukunft ermüden müssen, ob man mit den christlichen noch gemeinsame Sache machen kann.

Gau Frankfurt a. M.

Dem Zweigverein Darmstadt wird berichtet: Die Maurermeister von G. a. H. scheinen in denselben Fußstapfen zu wandeln, wie ihre Kollegen anderwärts, indem sie es bis heute noch immer ablehnen, der Maurerorganisation gegenüber das zu halten, was sie im vorigen Jahre schriftlich mit ihr vereinbart haben. Im Jahre 1907 wurde mit den Maurermeistern ein Tarif abgeschlossen, worin sie sich schriftlich verpflichteten, vom 1. April 1908 an eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ zu eintreten zu lassen. Wer nun aber glaubt, die Herren Meister würden ihr Manneswort halten, der irrt sich gewaltig. Wenn auch Versprechen und Gatten den Mann ziert, so verzichten aufeinander die Maurermeister von G. a. H. auf diese Bünde; denn sie erklären auf Vorschlag der Organisationsleitung: „Was wir im vorigen Jahre unterschrieben haben, kümmert uns nicht mehr!“ Die organisierten Maurer legen deshalb am 13. April die Arbeit nieder. Nicht unwichtig wollen wir aber hier die einseitige Stellungnahme des Gemeinderats von G. a. H. lassen, der nach unserer Meinung bei entstehenden Differenzen doch das größte Interesse hätte, alles zu tun, um den Frieden im Wirtschaftsleben zu erhalten. Zumal in diesem Falle, wo die Unternehmer den Tarif ohne jeden Grund gebrochen haben, wovon die Kommunalsteuerzahler mit ihren Steuern büssen müssen. Bei Verhängung des Schulhausneubaus kamen vier Meister aus G. a. H. in Frage, und zwar zwei hiesige Meister und zwei, die nur bei guter Bauqualität vorübergehend arbeiten auf eigene Rechnung ausführen, während sie sonst als Maurer in Pirmstadt oder Darmstadt ihr Brot verdienen müssen. Letztere hatten gemeinlich bei der Submission 15 p. abgeboten, hätten also im Interesse der Steuerzahler von G. a. H. die Arbeit zu erhalten gehabt. Aber die beiden hiesigen Meister ohne die Konfession und den weissen Gemeinderat gemacht. Wie uns von gut informierter Seite mitgeteilt wird, sollen die beiden Meister Schmidt und Pfeiffer bei dem Gemeinderat von G. a. H. gegen die beiden Unternehmer Kirch und Naase Sturm gelaufen sein, um zu erreichen, daß diese die Arbeit nicht erhielten. Was tat nun der Gemeinderat? Er beschloß, wenn die vier Meister sich vereinigen würden, bekämen sie gemeinsam die Arbeit mit 10 p. Aufschlag auf die von Naab und Kirch abgegebenen Gebote. Wir als Organisation haben dagegen nichts einzuwenden, müssen aber verlangen, daß der Gemeinderat von G. a. H. die Maurer nicht minderen Rechts behandelt als andere. Nach unserer Auffassung wäre es Pflicht des Gemeinderats gewesen, den Herren Meistern zu sagen, daß sie die Arbeiten nur dann erhalten könnten, wenn sie den Maurern ihr Versprechen gehalten. Es ist jedenfalls nicht im Interesse der Gemeinde gebandelt, wenn die Meister auf der einen Seite auf Kosten des Steuerzahlers von G. a. H. ihre Taschen füllen können, während sie andererseits den Maurern, die doch auch in G. a. H. Steuern zahlen müssen, ihre Rechte vorenthalten. Natürlich ist die ganze Gesellschaft gesperrt worden.

Gau Hamburg.

Die Lage in Hamburg hat sich durch den Streik der Transportarbeiter, der Maurersteinarbeiter und durch einige Abwehrkämpfe der Bauhilfsarbeiter derart verschärft, daß der Verband der am Baugeschäft beteiligten Zünfte und Vereine einen Beschluß bewilligte, worin er für den 18. Mai die Entlassung aller freigeorganierten baugewerblichen Arbeiter ankündigte, falls bis dahin nicht die Differenzen in den obengenannten Gruppen beseitigt seien. Es ist bekannt, daß dazu auch noch die Steinarbeiter kommen, die bereits seit März im Streik stehen. Es sind inzwischen Verhandlungen eingeleitet worden, die bisher bei den Steinarbeitern Erfolg hatten. Man darf erwarten, daß auch bei den anderen Berufen eine Einigung erzielt werden wird, sicher ist das natürlich noch nicht.

In Sinsum haben einige Unternehmer die Kollegen ausgesperrt, die am 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten. Früher haben sie das nie getan. Von der Maßregel wurden zwölf Kollegen betroffen, während achtzehn gefeiert hatten. Am 6. Mai wurden sie wieder zur Arbeit zugelassen.

Gau Leipzig.

Am 31. März kündigten die Zechaner Unternehmer den im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag. Am 14. April fanden sie der Zweigvereinsverwaltung den Tarifvertrag zu, auf den sie bis zum 15. April (1) Antwort haben wollten. Sie verlangten sogar, daß die Kollegen diesen Vertrag bis zum 15. April anerkennen sollten. Das konnte natürlich nicht geschehen, und die Unternehmer mußten sich damit abfinden und mußten auch in Verhandlungen einwilligen, da die Unternehmer keine Zugeständnisse machen wollten. Sie beschloßen, die Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden zu verlängern und die Arbeitszeit einzuführen. Die Vertragsdauer sollte zwei Jahre betragen und der Stundenlohn in dieser Zeit nicht erhöht werden. Zieht man in Betracht, daß in unserm Industriegebiet die Wohnungsverhältnisse und Lebensmittelpreise gerade so hoch sind wie in dem benachbarten Altemburg, teilweise noch höher, so wird es begreiflich, daß

unser Kollegen diesen Tarif niemals zustimmen konnten. Die Unternehmer fühlen sich aber, seit sie den Tarifvertrag nicht geteilt sind, sehr hart. Schon am 25. April nahm das Baugeschäft von Orndt & Wötger in Hoffitz bei einigen Kollegen eine Lohnzulage von 11 $\frac{1}{2}$ pro Stunde vor. Dieser Betrag der Stundenlohn 46 $\frac{1}{2}$, und nun wurden den Kollegen bloß 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde ausbezahlt. Die Hoffitzungen bei diesen Unternehmern erfolglos blieben, wurde über das Baugeschäft Orndt & Wötger die Sperre verhängt, worauf die Kollegen, einschließlich sämtlicher Kollege, die Arbeit niederlegten. Am Sonntag, den 3. Mai, fanden im Beisein des Bauvorstehenden Jacob wiederum Unterhandlungen mit den Unternehmern statt, wobei wir uns bis auf die Punkte Lohnerhöhung und Arbeitszeit einigten. Am 4. Mai nahmen unsere Kollegen im Beisein des Kollegen Koch aus Leipzig Stellung hierzu. Da unsere Forderung ursprünglich 50 $\frac{1}{2}$ betrug, wurde auf Anregung des Kollegen Koch beschlossen, um einen längeren Kampf zu vermeiden, die Forderung auf 47 $\frac{1}{2}$ zu erniedrigen, wenn die Unternehmer auf 5 $\frac{1}{2}$ Arbeitszeit, verzichten wollten. Diese Lohnerhöhung von 1 $\frac{1}{2}$ sollte am 1. April 1909 erfolgen. Dies wurde den Unternehmern mitgeteilt. Die geringe Forderung konnten die Unternehmer zu jeder Zeit bewilligen. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachteten es auch unsere Kollegen, die dem Vorschlag des Kollegen Koch zustimmten. Aber sie sollten eines anderen bestraft werden. Die Unternehmer erteilten auf die Zustimmung nicht einmal eine Antwort, sondern sperren die noch in Arbeit stehenden Kollegen Donnerstag, den 7. Mai, aus. Man erhielt hieraus, daß die Unternehmer gar nicht gewillt sind, Frieden zu haben, sonst hätten sie diese minimale Forderung bewilligen können. Wenn sie aber den Kampf durchaus haben wollen, so soll es an uns nicht liegen. In Betracht kommen die Baugeschäfte Orndt & Wötger und H. Diege in Hoffitz und O. Müller in Monstab. Für uns liegt die Situation günstig, da die meisten Bauten bis zum 1. Juli fertiggestellt sein müssen. Zugung nach hier ist strengstens fernzuhalten.

Gau Nürnberg.

Wie aus unseren bisherigen Berichten hervorgeht, haben wir uns im ganzen Gau nur in einem Ort auf Grund des verbesserten Vertragsauslasses mit den Unternehmern geeinigt. Alle anderen Unternehmer wollten scheinbar die weiteren Unterhandlungen in Berlin abwarten. Als aber der Schiedspruch in Berlin abwarfen, haben die Unternehmer ihm zugestimmt, hatten sie auch noch annehmen sollen, daß dem nun auch in den einzelnen Orten Rechnung getragen werden würde, aber nicht gefest.

In Amberg und Erlangen haben die Unternehmer ihr Wort gehalten und auf Grund ihrer gemachten Angebote mit uns einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Dagegen wollen die Unternehmer in Roth a. Sand und Schweinfurt ihr Angebot nicht mehr aufrecht erhalten. In Roth geben die Unternehmer zwar zu, ein Angebot, wonach für Ueberlandarbeiten, bei denen ein tägliches Nachhausekommen nicht möglich ist, 50 Lohnzuschlag pro Tag wonach für Ueberlandarbeiten, bei denen ein tägliches Nachhausekommen nicht möglich ist, 50 $\frac{1}{2}$ Lohnzuschlag pro Tag zu gewähren sei, gemacht zu haben, ziehen es aber wieder zurück, weil ihnen angeblich inzwischen eingeleitet sei, daß sie dadurch geschädigt würden. Wir hielten an dem gemachten Angebot fest und infolgedessen kam noch kein Vertrag zu Stande.

Ein noch tollereres Spiel spielen die Unternehmer in Schweinfurt mit uns treiben zu können. Dort haben am 15. Februar und 5. März Unterhandlungen stattgefunden, wo uns die Unternehmer für dieses sowie für das nächste Jahr je 2 $\frac{1}{2}$ Lohnzuschlag pro Stunde angeboten haben, was uns aber zu gering erschien. Die Einigung scheiterte aber hauptsächlich daran, daß die Unternehmer die bisherigen Klassenlöhne beibehalten wollten. Am 7. Mai verhandelten wir mit den Unternehmern auf Grund des Schiedspruches, wobei die Unternehmer ihre Angebote bezüglich des Lohnes zurückzogen, mit dem Vernehmen, der Schiedspruch komme für sie deshalb nicht in Frage, weil ihre Verammlung die gemachten Angebote abgelehnt hätte. Und solches behaupten die Unternehmer aus einem Orte, der von Anfang bis Ende durch drei Unternehmer bei den Verhandlungen in Berlin vertreten war! Ein solches Verhalten können wir an dieser Stelle nicht gebührend festschreiben, ohne uns event. gegen die Beschuldigungen zu vernehmen, was die meisten Arbeiter in Schweinfurt nicht wert sind. Sollte es dem Bundesvorstand der Unternehmernorganisation bis zum 16. Mai nicht gelingen, die Schweinfurter auf ihr Angebot zu verpflichten, so werden wir uns dies und vielleicht noch einiges dazu erlauben.

In Nürnberg ist es inzwischen auch zu einem Vertrage mit den Friesenlegern und den Blattenverlegern gekommen. Die von den Unternehmern verlangten Verschlechterungen wurden fast alle zurückgezogen, namentlich die bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit.

Auch in Geroltsberg ist der Friede eingeleitet; der eine Unternehmer, der unsere Forderung nicht bewilligte, wurde nach Oftern gesperrt, und schon nach wenigen Tagen bequeme sich auch dieser, den Vertrag zu unterzeichnen.

Friesenleger.

Die Verhandlungen über Erneuerung des Tarifs in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten haben am 12. Mai in Essen unter Vorsitz des Herrn Dr. Wiebelsdorf begonnen. Den Verhandlungsvorstand vertritt Kollege Paeplov.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandskalender 1908. Hiermit zur Nachricht, daß der Zweigverein Königsberg i. Pr. 60 Kalender abzugeben hat. Bestellkarten wollen sich an den Zweigvereinsvorstand wenden.

Stempelgeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Steuerbescheinigung.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterhaltung ausbezahlt ist.

geworden ist, die Zeit zur erspöndlichen Verhandlung dieser für das gesamte Gewerbe tief einschneidenden Frage jedoch in der heutigen Versammlung zu kurz ist, wurde beschlossen, eine Enquete-Kommission vorzunehmen und dann auf Grund des gewonnenen Materials die Frage der Mitarbeit in einer späteren Versammlung eingehend zu diskutieren. Hierauf schiederte Kollege Daele den bisherigen Verlauf der Sperrre über die Firma Schwedel. Er erklärte die Kollegen, jeden Versuch den einzelnen Firmen, den Lohn zu reduzieren, hätte zurückzuweisen. Alle Fälle, wo Lohnreduzierungen von den Unternehmern vorgenommen werden, sind sofort der Leitung zu melden. Beschlossen wurde, den noch im Streit befindlichen Kollegen der Firma Schwedel von der nächsten Streikwoche ab 2 Mietunterstützungen zu zahlen. Ferner sprachen die Versammelten ihre Entrüstung darüber aus, daß selbst organisierte Kollegen einer Firma als Streikbrecher Hausverdienste leisten, die ständig versucht hat, den Tarifvertrag zu brechen, den Lohn zu reduzieren und die bestehenden Arbeitsbedingungen zu umgehen. Ausgeschlossen wegen Streikbruchs wurden die Radspitzer Johann Nahn, Richard Binan und Adolf Dörke, der Radspitzer Frisk Reik, die Zementarbeiter Otto Kasper und Walter Kasper, der Zementarbeiter Ernst Meier und der Träger Friedr. Böhm. Den nächsten Bericht vom ersten Quartial erstattete Kollege Derfel. Die Einnahme, inklusive alten Bestandes ab 1. 1. 1907, betrug 13.496,11, die Ausgabe 13.532,03; hieron wurden 13.005,39 an den Zweigverein Berlin abgeführt. Bestand der Kassafasse am Schlusse des Quartals 13.114,39. Für Ertragsbeiträge wurden eingenommen 1703,00, für Streikbeiträge 1738,90. Auf Antrag der Kommission wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Wie der Arbeitsnachweis im ersten Quartial funktioniert hat, ist an folgenden Zahlen zu sehen. Vom 1. Januar bis 1. April sind als arbeitslos 635 Kollegen eingetragene; 168 Kollegen wurden von den Unternehmern verlangt, 201 haben sich selbst Arbeit gesucht. Am Schlusse des Quartals waren noch 216 Kollegen arbeitslos eingetragene.

Cöln. Die hiesigen Kollegen besaßen sich am Dienstag, den 5. Mai, mit dem Schiedsspruch. Kollege Wuth schilderte den Verlauf der Verhandlungen. Er müsse es offen aussprechen, daß der Schiedsspruch den Arbeitern keine Vorteile bringe. Bei der jetzigen wirtschaftlichen Situation im Baugewerbe könne man es aber verstehen, wenn die Unparteilichkeit zu diesem Ergebnis gekommen seien. Die Vertreter der Arbeiter hätten die Lage genau geprüft; sie hätten sich entschlossen den Spruch anzuerkennen. Wuth begründete das diesmal eingeschlagene Verfahren, in Konferenzen der Vertrauensleute Beschlüsse zu fassen. Es sei schwer möglich gewesen, die Mitglieder in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, zu befragen, man hätte diesen Ausweg nehmen müssen. Eingehend erläuterte dann der Redner die Lage im Baugewerbe, die Stellung der Unternehmer und alle anderen Umstände, die die Vertreter der Arbeiter zu dem Entschlus drängten, dem Schiedsspruch zuzustimmen. Man habe es mit schwerem Herzen getan, man wisse es genau, daß der Abschluß der Bewegung keine Vorteile für die Arbeiter bringe. Man müsse es aber doch als einen Erfolg der Organisation bezeichnen, wenn es ihr gelinge, in der niedrigen Konjunktur eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die Erbitterung der Kollegen müsse sich nun gegen das Unternehmensverhältnis richten; die Arbeiter müßten die wirtschaftlichen Zusammenhänge begreifen lernen und die Organisation mit allen Kräften stärken. Man dürfe den Kampf nicht führen, wenn die Unternehmer ihn wollen, sondern wenn die Arbeiter die Zeit dafür als gekommen erachten. Im Interesse der Einheitlichkeit der Bewegung möchten die Mitglieder dem Schiedsspruch zustimmen und sich mit der Haltung der Organisationsleiter einverstanden erklären. In einer langen, häufig sehr erregten Diskussion wurde das Verhalten der Organisationsleitung scharf verurteilt, ganz besonders wurde getadelt, daß man dem Schiedsspruch zugestimmt hat, ohne die Mitglieder zu fragen. Eine Resolution, die in dem Schiedsspruch rein materiellen Vorteil der Kollegen erblickt, ferner das provozierende Verhalten der Unternehmer des Baugewerbes scharf verurteilt, aber unter dem gegenwärtig außerordentlich ungünstigen Verhältnisse dem Beschluß der Konferenz zustimmt, wurde abgelehnt. Dagegen folgende Resolution, mit 56 gegen 46 Stimmen und 104 Stimmenthaltungen angenommen: „Die heute, am 5. Mai, im großen Saale des Volkshauses zu Cöln tagende Versammlung der Maurer Cölns nimmt Kenntnis von den geschehenen Tarifverhandlungen. Die Versammlung mißbilligt aufs schärfste, erstens die allzu große Nachgiebigkeit der Verhandlungsteilnehmer, zweitens die Art und Weise, wie man die Zustimmung der Mitglieder zu dem gefällten Schiedsspruch der drei Unparteilichen erreicht hat und weitere Zustimmung zu erreichen sucht. Statt die Mitglieder über den Ausbruch oder Beilegung des Kampfes zu fragen, bitten die Unterhändler, und die Mitglieder müssen gehorchen. Die Versammlung erklärt, daß sie keineswegs mit diesen gezeichneten Vorbeurteilungen zufrieden oder einverstanden ist und daß sie gewillt ist, bei erster Gelegenheit das Doppelte herauszufahren, was jetzt nachgegeben worden ist. Weiter protestiert sie ausdrücklich gegen das Verhalten bei Abstimmung solcher wichtiger Angelegenheiten auf Entscheidung und macht von weiteren solchen Handlungen ihre Mitgliedschaft abhängig.“

Eine Versammlung der Zahlstelle A i p p e r s e o, die am 4. Mai stattfand, beschäftigte sich gleichfalls mit dem Schiedsspruch und der Konferenz in Cöln; es wurde dort nach einer längeren Diskussion die Taktik der Organisationsleitung gutgeheißen.

In einer Versammlung am 7. Mai in der Zahlstelle M ü l h e i m a. N. wurde nach einer längeren, lebhaften Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle M ü l h e i m a. N. kann das bisherige Resultat der Lohnbewegung, insbesondere den in Berlin gefällten Schiedsspruch, als einen materiellen Vorteil für die Arbeiter des Baugewerbes nicht anerkennen. Die Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß angesichts der heutigen Lebensverhältnisse eine Erhöhung des Einkommens un-

bedingt notwendig war. Wenn die Arbeitgeber des Baugewerbes trotzdem rücksichtslos jegliche Erhöhung des Lohnes ablehnen, ja den Kampf provozieren, so verurteilt die Versammlung dies aufs entschiedenste. Die Versammlung erklärt sich trotzdem mit der Haltung des Verbandsvorstands und der Abstimmung der Zweigvereinsdelegierten auf der Konferenz in Cöln einverstanden, weil angesichts der Wirtschaftslage ein Kampf um bessere Lohnbedingungen unmöglich ist. Die Kollegen versprechen, die Organisation derart zu fördern und auszubauen, daß bei Ablauf des jetzt abgelaufenen Vertrages bei wesentlicher günstiger Konjunktur der Arbeitgeber die richtige Antwort auf ihr jetziges Verhalten erteilt werden kann.“

Die R u g e r und J u g e r von Cöln und Umgebung hielten am 6. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich mit dem Angebot der Spezialgeschäfte der Gips- und Zementindustrie beschäftigte. Nach einer längeren, lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heute, am 6. Mai, tagende außerordentliche Generalversammlung der R u g e r und J u g e r nimmt Kenntnis von dem Angebot der Unternehmer und ist infolgedessen mit dem Vorschlag des Herrn Ziemann einverstanden, daß der Vertrag auf zwei Jahre abgelaufen wird, ohne daß die jetzt bestehenden Abfordrungen erhöht werden. Sie beauftragt aber die Kommission, nur dann dem Vertrage ihre Zustimmung zu geben, wenn noch einzelne Positionen sowie die Schlussbestimmungen neu aufgenommen werden, damit die Mitglieder, wie sie jetzt zwei Jahre bestanden haben, befestigt werden.“ Eine Resolution gegen die Taktik der Verbandsleitung und der Konferenz in Cöln wurde abgelehnt.

Essen a. d. R. Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. Mai, nahmen die Zahlstellen Altenessen, Essen, Mellinghausen und Rothhausen Stellung zum Schiedsspruch. Überall wurde betont, daß er nicht befriedige. Nicht in der geringsten Weise seien bei diesem Spruch die Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigt worden. Die augenblickliche Situation sei jedoch nicht angetan, in dieser Zeit einen Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen. Dem Schiedsspruch wurde daher in allen Versammlungen mit großer Majorität zugestimmt.

Trebbin. Die Kollegen fordern nicht eine Lohnzulage von 2 1/2, sondern von 7 1/2, was zur Richtigkeitstellung des Verdienstes in Nr. 18 vermerkt ist. Die falsche Meldung muß auf einem Schreib- oder Druckfehler beruhen.

Frankenberg. Sonnabend, den 2. Mai, tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung. Die Besucher kamen nicht auf ihre Rechnung; denn der von der Gewerkschaft verordnete Referent war nicht erschienen. Kollege Halm gab einen kleinen Überblick über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Im Anschluß hieran wurde noch eine kleine Diskussion beliebt. Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die am 2. Mai tagende Versammlung sieht in der Abwesenheit des zugeordneten Referenten eine Pflichterfüllung und mißbilligt mit aller Energie das Verhalten der Gewerkschaft. In nächster Zeit wird nun wieder eine Versammlung stattfinden.“

Gannover. Hier tagte am 28. April die regelmäßige Quartalsversammlung. Bei Eintritt in die Tagesordnung wurde das Verhalten der Kollegen Oligoff und Neese in der letzten Woche getadelt. Der Vorliegende gebot namentlich des letzteren, der schon seit 1891 dem Verbande angehört, vom Nachhören mit übergetreten war und stets für die Interessen der gewerkschaftlichen wie der politischen Partei bis zum letzten Atemzuge gekämpft habe. Die nun vom Kassierer verlesene Abrechnung zeigt folgendes Bild: 1. Abrechnung der Hauptkasse. Einnahme: Von 28 Eintrittsmarken 150, 14 gleich 14; an 7 Eintrittsmarken 150, 15 gleich 150; an 1188 Beitragsmarken aller Klassen 1499,70; 3 Ertragsbeiträge 75, 3; Summa 1630,45. Ausgabe: An die Hauptkasse abgekauft 500,51; für Streik 1703,15; für Reiseunterstützung 813; für Rechtschutz 68,60; für Krankenunterstützung 1287,65; für Sterbeunterstützung 415; Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen 1684,54; Summa der Ausgabe 6500,45. 2. Kassafasse. Einnahme: Kassenbestand 100,20; 65 Anteile an den Beiträgen 1680,54; 11048 Beitragers Aufschlag 10, 3 gleich 110,40; für 40 Mitternachten 10, 3 gleich 10, 3; für 19 Protokolle 13,80; für 101 Kassen 150,50; für 21 Futtermale 10, 240; an Zinsen 131,29; an Sonstiges 52,25; Summa der Einnahme 13215,53. Ausgabe: für 54,20; Krankunterstützung 148; Abrechnung 138,25; Delegation zur Konferenz 148; Ertrag verbesserter Kollegen 13,20; an den Vorständen 633; an den Kassierer 175; für Sitzungen 80,30; für Revisionen 10, 20; für Verdringung 10, 20; für sonstige persönliche Ausgaben 12,50; für Bureaukosten 51,64; für Porto 340,84; für Schreibmaterialien 24,70; für „Grundstein“-Portale 1080,72; für Annoncen 111,15; für Telefongebühren 49,05; für Zeitungen 13,79; für Straßenbahn 10, 35; für Ausfälle im Bureau 107,50; dem Referendats überweisen 502,40; Sonstiges 240; in Summa 3329,01. Kassenbestand also 968,52. Die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalschluß 2743; darunter befinden sich neun Ehrenmitglieder. Im Laufe des Vierteljahres sind 35 Mitglieder neu eingetretten, fünf ausgestiegen, drei gestorben, drei wurden ausgeschlossen. Nachdem feststehend war, daß alles in bester Ordnung befand, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Für den verstorbenen Kollegen Oligoff wurde ein Beisetzungsantrag gestellt. In Bezug auf die diesjährige Maifeier entfiel eine lebhaftes Debatte. Angenommen wurde der Antrag des Vorstandes, der da lautet: „Es wird den Kollegen anheimgegeben, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, wo es ohne Schädigung möglich ist. Unterführung wird nicht getadelt.“ Betreffs der Sperrre der Zementfabrik Germania-Misburg legte Günther die Verhältnisse dar. Es sollten die Misburger den Antrag, Kollegen von Hannover und Misburg zu wählen, die die Sache unterstützen, die Namen der „Arbeitswilligen“ feststellen und in nächster Versammlung Bericht erstatten. In die Kommission wurden gewählt Knauer und Günther-Misburg, Wagnmann, Werfel und Lönies-Gannover. In „Verchiebendes“ wies Meißner darauf hin, daß am 15. Mai

das neue Vereinsgesetz in Kraft trete und demzufolge die polizeiliche Überwachung fortfalle; er ersuchte, dafür einzutreten, daß die Frauen Mitglieder des Vereins sein könnten.

Königsberg, Rinten. Die Rintener Unternehmer haben ihr Wort, die eifrigste Arbeitszeit einzuführen, nicht gehalten. Es soll also weiter 12 bis 13 Stunden gearbeitet werden. Die Kollegen sind dadurch nicht gewillt, sich dies länger gefallen zu lassen, und werden in einiger Zeit ihre Forderung etwas dringender wiederholen. Welche Geistesgrößen in Rinten Bauunternehmer sind, zeigt die Antwort des Unternehmers Grenz auf unsere Forderung. Er schreibt an unsere Kollegen Briefe:

Auf ihr Antrag von heute Teile ich ihn ergebnislos mit das ich keinen Grund- und brauche ich nicht wie mir geber gefell arbeit Bitte mir nicht noch mals mit derartigen Papiere zu beschicken.

Die Schrift oder vielmehr die Krähensfüße können wir leider den Kollegen nicht im „Grundstein“ zeigen, sie ist aber ebenso schön wie die Orthographie. Solch eine Geistesgröße herrscht nun im Rintener Baugewerbe wie der Bar in England. Was sich leider unsere Kollegen in Ostpreußen noch alles bieten lassen, das zeigt folgender Fall: Genannter Unternehmer hat Arbeit in Nichtenhagen. Die Kollegen, die dort arbeiteten, mußten im Nichtenhagen auf Zement schlafen. Der eine, der vor den Köpfen der Kollegen lag, hatte sich mühsam etwas Stroh zusammengekauft, gab die Kiste hatten auch großen Hunger, und in der Nacht hatten sie ihm das Stroh noch unter dem Leibe weggestrichen. Dem anderen Kollegen erging es noch schlimmer. Er hatte sein Lager hinter den Kisten aufgeschlagen, um seine Schweinsfedern nicht dem Heißhunger der Kiste preiszugeben; jedoch auch er sollte seine Unannehmlichkeiten haben. In der Nacht hatte eine Kuh gebläht, und das kleine Vieh war schon so kräftig auf dem Boden, daß es eine Wanderung unternahm und über unseren Kollegen stolperte und diesem einen nicht geringen Schaden einbrachte. So humoristisch die Sache klingt, so tieftraurig ist es aber doch, daß sich unsere Kollegen solche Nachlager gefallen lassen müssen. Es wird noch recht viel Agitationsarbeit notwendig sein, um die Kollegen in diesen rücksichtslosen Orten zu Massenkämpfen zu erziehen.

Mittweiden. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: „Die Situation im Baugewerbe mit besonderer Berücksichtigung des in Berlin gefällten Schiedsspruchs.“ Gausleiter G. Jakob erstattete Bericht über die Unterhandlungen in Berlin, und empfahl, den gefällten Schiedsspruch anzunehmen, da in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisis absolut nicht mehr zu erreichen gewesen sei. Er wies auch auf den hohen Zinsfuß für Baugelder hin, und meinte, daß wir in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang keine Angriffskämpfe führen sollten, sondern wir müßten alles versuchen, „um das durch Jahrzehnte hindurch Erregene zu beenden und festzuhalten.“ Die Unternehmersonorganisation hatte sich schon seit dem Jahre 1898 vorbereitet, um einen großen Vermögensfeldzug gegen uns vorzunehmen und die Massen zu freigen; den Kampf wollten sie auf alle Fälle, es wäre dies den Herren auch gelungen, wenn unsere Vertreter nicht Einsicht genug gehabt und dem Schiedsspruch zugestimmt hätten. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, bei den gegenwärtigen Verhältnissen und der Unmöglichkeit der Unternehmer in diesem Jahre noch mehr Vorteile für uns herauszuschlagen. Es ist aber erreicht worden, daß eine Lohnverschlechterung nicht stattfinden darf. Die Diskussion war lebhaft; es war Meinung, zur Ablehnung des Schiedsspruchs vorhanden. Kollege Wolf trat dafür ein, den Schiedsspruch anzunehmen; er warnte die Kollegen vor Ablehnung, da dies an der Sachlage nichts ändern könne. Kollege Gausleiter trat ebenfalls für Annahme ein, und wies auf die Berliner Maurer hin, die voriges Jahr den Schiedsspruch ablehnten und eine schädliche Erregung damit machten. Der Schiedsspruch wurde bei der Abstimmung angenommen. Zur Kennzeichnung der Situation nach folgendes dienen: Trotz der Zustimmung der Unternehmer gegenüber unserer Lohnkommission, den alten Tariflohn, 42 1/2, solange weiter zu bezahlen, bis ein neuer Tarif vorliegt, brachte Unternehmer Eißler es fertig, Löhne von 10 bis 25 und 30 1/2 zu bezahlen. Allerdings erhielten diese Löhne nur höchstgehende Zusage, aber das ändert nichts an der Sache, denn derartige Unternehmer bezahlte voriges Jahr höchstgehende Begehungen schon 31 1/2 pro Stunde. Zwei solche Kollegen hatten drei Wochen 25 1/2 pro Stunde. Die vierte Woche fand Herr Eißler, daß der Lohn von 25 1/2 zu hoch sei, er legte ihn deshalb auf 10 1/2 herab; der Vorstehende wurde vorstellig und die Antwort des Herrn Eißler lautete: „Das mag ich doch wie ich will, darüber lasse ich mir keine Vorurteile machen, was ich für Lohn zahle, wenn es nicht daht, der mag seiner Wege gehen. Der Kollege ging zum Gewerbeamt, und dort mußte sich Herr Eißler bequemen, den rücksichtslosen Lohn zu bezahlen. Auf die Frage des Herrn Gewerbeamts, was für Gründe vorlagen, den Maurer 10 1/2 zu bezahlen, sagte Eißler, er wolle beweisen, daß nicht jeder herkommen könne und sagen, er sei Maurer, der nichts gelernt habe. 1905 während des Maurerstreiks fragte Herr Eißler nicht danach, ob einer etwas gelernt habe, da bezahlte er den größten Bruchteil noch mehr Lohn als die hiesigen leistungsfähigen Kollegen verlangten.“

Neuburg a. d. R. Sonntag, den 26. April tagte hier eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung. Die zahlreich besetzt war. Kollege Stabler aus München war als Referent erschienen. Die Tagesordnung lautete: „Wollen wir an die Bauunternehmer einen Tarif einreichen? Der Referent betonte, daß es für uns notwendig sei, einen Tarif abzugeben, weil sonst die Unternehmer bei schlechter Konjunktur nach ihrem Belieben den Stundenlohn festsetzen. Der Kollege Stabler erwähnte alle Bauarbeiter, sich, soweit es noch nicht geschehen ist, dem Verbande der Maurer oder dem der Bauhilfsarbeiter anschließen, um einen Tarif, wie er jetzt in dieser feuchten Zeit notwendig ist, zu Stande zu bringen.“

Triebes. Am 3. Mai fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, die wie jedesmal, schwach besetzt war. Zuerst verlas der Kassierer die Abrechnung; die für

richtig befunden wurde. Hierauf berichte der Vorsitzende über die Tätigkeit der allgemeinen Ortskrankenkasse im vergangenen Jahre. Unter Berücksichtigung der Vorstehenden, daß die am Abend des 1. Mai veranstaltete Mäusfeier von den Maurern sehr lebhaft besucht war, und wünschte, daß derartige Veranstaltungen in Zukunft besser geliebt würden. Weiter teilte er mit, daß sich zwei unorganisierte Kollegen, trotz aller Bemühungen, nie zu organisieren, bis heute noch nicht organisiert hätten. Er will sich noch einmal für die Sache verwenden. Dann kam die Beileidigung des Vorstehenden durch zwei Kollegen zur Sprache. Die Angelegenheit wurde in Güte geschlichtet. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen in Zukunft zahlreicher in der Versammlung erscheinen möchten, wurde die Versammlung geschlossen.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer- und Baugewerkschafter. Sie befaßte sich mit dem in Berlin gefällten Schiedsspruch. Kollege Klein schilderte den Gang der Verhandlungen wie auch die gegenwärtige Lage in eingehender Weise. Er führte an, daß der gefällte Schiedsspruch bei weitem nicht den Erwartungen und berechtigten Wünschen der Kollegen entspreche. Auch entpuppte es sich nicht dem demokratischen Prinzip, daß der gefällte Spruch, endgültig von der Lohnkommission abgelehnt wurde. Zum Schluß empfahl Kollege aber angesichts der Situation die Annahme des Schiedsspruches. In lebhafter Diskussion wurde von mehreren Kollegen der Probenstandpunkt der Unternehmer scharf berührt, es wurden aber auch die Zugeständnisse unseres Vertreters als etwas zu weit gehend bezeichnet. Ursache sei wohl der Ausgang des vorjährigen Berliner Kampfes. Ferner wurde das Verhalten der Lohnkommission einer Kritik unterzogen. Im Interesse der Allgemeinheit und um die Disziplin zu wahren, wurde dem Schiedsspruch zugestimmt. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wongrobitz. Hier fand am 30. April eine Maurerverammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute und sich mit dem bestehenden Lohnarif befaßte. Nach dem im Vorjahre gefällten Lohnarif mußte am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehneinhalbstündigen die zehnstündige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42,5 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung machen sich die Unternehmer zu nütze, indem sie die fällige Lohnerhöhung nicht zahlen; nebenbei versuchen sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektion eines politischen Verbandes die Beschäftigung der Arbeiter zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Verträge Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichteter Schreiben hat bisher innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Gewerke mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Mäusfeier.“ Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wölbt den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit 496,40 ab. Die Einnahme der Nebenkasse betrug inkl. Kassenbestand 1012,50, die Ausgabe belief sich auf 115,08. Zum Schluß wurde aufgefodert, für die Mäusfeier tüchtig zu agieren und die Mäusfestzeitung zu verbreiten.

Die Abrechnung des christlichen Bauarbeiterverbandes für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907 weist für den Jahresabschluß 42087 Mitglieder nach. Die fortwährende Mitgliederzahl für das Jahr 1906 war 38 076, die Zunahme im Berichtsjahr beträgt demnach 4011 oder 9,08 pSt. Aus der folgenden Aufstellung ergibt sich, auf welche Landesteile der Mitgliedererwerb entfällt. Es waren Mitglieder:

Im Bezirk	Im Jahre 1906	Im Jahre 1907	Zu- (+) resp. Abnahme (-)
Baden-Württemberg	1008	1191	+ 188
Brandenburg-Pommern	1371	983	- 388
Bachum	9957	8596	- 1361
Hagen	1094	902	- 192
Gannodet	3333	3232	- 101
Essen	4957	5673	+ 716
Mitteldeutschland	2473	2837	+ 364
Münster	2945	3156	+ 211
Niederrhein	3030	3457	+ 427
Oberbayern	839	1826	+ 487
Oberpfalz	687	1027	+ 340
Oberrhein	1591	1728	+ 137
Baden	—	2257	+ 2257
Wolgast-Schiffen	1614	2000	+ 386
Walg-Saar	1513	1287	- 226
Südwesten	408	942	+ 534
Westpreußen	1821	1264	- 557

Der Mitgliedererwerb in Brandenburg-Pommern ist auf den Anschlag in Berlin zurückzuführen, der im Bezirk Bochum ist nur sehr klein, denn von diesem ist der Bezirk Baderborn neugebildet worden. Rechnet man eins gegen das andere, so ergibt sich auch hier ein Gewinn von 896 Mitgliedern. Somit ist nur der Rückgang im Saarrevier bemerkenswert. Neuzugänge betrug der Verband im ersten Halbjahr 18787, die Zunahme betrug aber bloß 4084, es gingen also wieder verloren 14703; im zweiten Halbjahr wurden 9886 aufgenommen und die Mitgliederzahl sank trotzdem um 22, nämlich von 42110 auf 42087. Für das ganze Jahr stehen also 28623 Neuzugänge nur 4011 gewonnene Mitglieder gegenüber. Der Rückgang der Bauarbeiter im zweiten Halbjahr hat dem die dahin ruhigen Wachstum des christlichen Verbandes ein schnelles Ende gemacht. Die Ursache ist an und für sich natürlich, und

wenn wir sie hier besonders konstatieren, so tun wir es nur, um etwaigen ähnlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf unsere Gewerkschaften von vornherein den Boden zu entziehen. Der Verband nahm im zweiten Halbjahr 1907 ein an Eintrittsgeldern M. 4918, an wöchentlichen Beiträgen M. 406279, an Extrabeiträgen (dabei auch örtliche Zuschüsse und Agitationsbeiträge) M. 92442. Die Einnahme der Hauptkasse betrug im ganzen Jahre 1907 M. 680269,21, die Ausgabe eine Vermögensvermehrung um M. 164680,40 oder von M. 173143,87 auf M. 337824,27 eintrat. Dazu kommen noch Kassenbestände der Nebenkassen im Betrage von M. 114186,42, die das Gesamtvermögen auf M. 452010,69 oder auf M. 10,73 pro Kopf bringen. Eine Aufzählung der einzelnen Aufgabeböden wollen wir für diesmal unterlassen; wenn der Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vorliegt, dürfte sich Gelegenheit bieten, im Zusammenhang darauf zurückzukommen.

Aus der Schweiz.

Im schweizerischen Verbandsorgan wird in einem Bericht aus Zürich über unsolbarisches Verhalten deutscher Kollegen gellagt. Die Züricher Organisation hat die Verriistung von Arbeitern bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verband verboten. Dies Verbot scheinen manche aus Deutschland kommende Maurer nicht zu beachten. Der „Baugewerkschafter“ schreibt dazu:

„Viele denken, sie können von Deutschland nach der Schweiz kommen und hier die größten Schweinereien ausführen. Sagt ihnen jemand etwas, so gehen sie zur Antwort, sie beziehen dann ihre Marken aus Deutschland. Dies gibt's mal nicht; wer in der Schweiz nicht artig ist, soll etwa nicht denken, nachher in Deutschland wieder den Unschuldben zu spielen. Wir werden schon dafür sorgen, daß solche Kollegen in Deutschland nicht mit Rußband empfangen werden.“

Es sei dazu bemerkt, daß ein in der Schweiz vollzogener Ausschluss aus der Organisation auch in Deutschland Gültigkeit hat. Man darf aber wohl erwarten, daß unsere Verbandskollegen, auch ohne erst auf die Folgen der Unsolbarkeit hingewiesen zu werden, besseres in der Schweiz zu tun wissen, als durch Nichtachtung der dortigen Beschlüsse ihren guten Ruf zu zerstören.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Zeit vom 8. bis 9. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der christlichen Verwaltung in Leipzig M. 200, Mariendorf 200, Bergisch a. d. Elbe 180, Witten 100, Witten i. d. Bauhilf 75, Schönhausen a. d. Elbe 63,77, Nebenfeld 50, Badrina 40. Summa M. 908,77.

Zuschüsse erhielten: Elm a. Rh. M. 500, Erfurt 400, Waldorf 350, Witten i. Westf. 330, Alt-Glennide 200, Neumünster 200, Duisburg 150, Schweidener 120, Heilsberg 100, Gumburg 100, Leipzig-Gohlis 100, Wunzlau 100, Straßburg i. Elß. 100, Forst i. d. Bauhilf 100, Gumburg 100, Witten 75, Witten i. d. Bauhilf 50, Niederbreititz a. Rh. 40. Summa M. 3115. Witten, den 9. Mai 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Witten i. d. Bauhilf 57.

Verichtigung: In Nr. 17 des „Grundstein“ heißt es: Halberstadt M. 200 Zuschuß erhalten; es soll heißen: Elberfeld M. 200 Zuschuß erhalten.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Althaldensleben. Auf der Steingutfabrik von Gubbe fiel der Kollege H. Rasmann durch ein Dachfenster ein Stachwerk tief hinab. Er erlitt einige Verstauchungen. **Düffeldorf.** Ein schwerer Unfallsfall ereignete sich am 8. Mai auf dem Zweifortwerke in Mattingen. Dort waren Maurer damit beschäftigt, einen 10 m langen und 3,50 m breiten Ofen zugewölben. Das Gewölbe, das aus einem Spitzbogen besteht, war auf einer Länge von 4 m fast gubebildet, als plötzlich die nur 25 cm starken Seitenwände, die nicht bekrantet waren, nachgaben, worauf die Maurer mit dem Gewölbe in die Tiefe stürzten. Ein Maurer, der sich zufällig unter dem Gewölbe befand, trug so schwere Verletzungen davon, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Die übrigen acht Maurer kamen zum Teil mit leichten Verletzungen davon. Wer für die nicht vorgenommene Verankerung verantwortlich ist, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

Forbach. Auf dem Gorgansbach der Bache „De Wendel“ stürzte am 5. Mai, nachmittags um 5 Uhr, die Inneneinfassung unter domkranzähnlichen Krachen zusammen, wobei ein Maurer mit abstürzte. Glücklicherweise erlitt er noch eine Gerüstwunde, so daß der Unfall nicht tödlich verlief. Die Streichungen waren an der Bruststelle kaum 4 cm stark. Unter denselben waren, soweit erstellte, weder Klammern noch Snaggen angebracht. Schuldiger waren ebenfalls nicht vorhanden. Auf diesem primitiven Gerüst wurden schwere Gesteinsmaße verarbeitet. Die Arbeit wird von den Unternehmern Zint & Feich in Forbach ausgeführt. Organisierte Arbeiter duldet diese Firma nicht auf ihren Baustellen. Jedenfalls hält sie die Gefährdungsschneise für wichtiger, als einen ordentlichen Gerüstbau zum Schutze der Arbeiter. Die dort beschäftigten Kollegen waren bis jetzt nicht für die Organisation zu bewegen. Goffentlich hat dieser Unfall ihnen die Augen geöffnet, daß sie als Maurer in den Zentralverband der Maurer gehören und daß nur durch festen Zusammenschluß aller Kollegen die Mithandlung beseitigt werden.

Rimbach i. S. Am 1. Mai, kurz vor Schluß der Arbeit, ereignete sich ein schwerer Bauunfall, dem der Kollege Richard Wenzel aus Wittenbach zum Opfer fiel. Er war mit mehreren Kollegen im Aufputzen eines Wohnhauses beschäftigt und stürzte dabei zwei Stock hoch herunter. Er verletzte sich so schwer, daß er zwei Tage später seinen Verletzungen erlag. Wir stellen aber ausdrücklich fest, daß hier wieder die ordnungsmäßigen Schutzvorrichtungen fehlten.

Schweidnitz. Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich am 4. Mai in Seifertsdorf beim Aufputz des dortigen Unversicherten Wohnhauses. Der Maurerlehrling Hamm aus Klettendorf stand in der Höhe des zweiten Stockwerkes. Als er auf einen Gefährdungspunkt trat, brach dieser ab und der Lehrling stürzte in die Tiefe. Besser stürzte er jedoch in das Gefäß eines Lindenbaumes. Dabei drang ihm der Stumpf eines Astes an der linken Seite in den Hals und spießte den Unglücklichen auf. Der Ast brach und der Lehrling stürzte schwer verletzt nieder. Ein Stück des Astes steckte ihm 10 cm tief im Halse und konnte nicht entfernt werden, trotzdem es 2 cm stark war. Das Holz lag unmittelbar an der Schlagader. Der Verletzte, welcher furchtbare Qualen auszustehen hatte, wurde sofort nach dem Krankenhaus der Elisabethinerinnen in Schweidnitz überführt. Dem Arzte gelang es, das Aststück aus der Wunde zu ziehen. Natürlich wird wieder ein portschiffs-mäßiges Gerüst gefehlt haben.

Stettin. Am 1. Mai stürzten am Neubau des Gymnasiums drei Deden ein und begruben einen Maurer und zwei Klempner unter ihren Trümmern. Alle drei wurden schwer verletzt. Eine andere Dede hat sich, obwohl sie abgestützt ist, geknickt. Ob man sie fügen lassen und ein größeres Unglück herbeiführen will, wenn das Gebäude seiner Bestimmung übergeben ist, konnten wir nicht erfahren. Die Arbeiten werden von der Firma Große & Gallep aus Essen ausgeführt.

*** Einfuhr der Mithalle in Gölitz.** Am 9. Mai ist in Gölitz der bis zum Innenausbau fertiggestellte Neubau der städtischen Mithalle eingeweiht und unter seinen Trümmern wurden, wie es heißt, 17 Arbeiter verschüttet. Zuerst brach das Dach zusammen, das dann die übrigen Teile mit hinuntertrieb. Bei den ohne Verzug begonnenen Rettungsarbeiten wurde ein Stützpfeiler, der drei Arbeiter schwer verletzt und sechs leichter verletzt herabgezogen. Ein Arbeiter ist mit tödlich heiler Haut davon gekommen. Zwei Arbeiter sollen sich noch unter den Schuttmaffen befinden, die man erst in einigen Tagen freizuschaffen hofft; diese werden kaum noch am Leben sein. Danach fehlten zwar noch immer die Nachrichten über vier angeblich Verschütteten, aber wie immer bei solcher Katastrophe wird auch wohl hier nicht so gewissenhaft mit den Zahlenangaben verfahren worden sein. Der Mithallenbau hatte eine Grundfläche von 50 x 25 m, sein Entwurf stammt von dem Professor Schöningh-Charlottenburg, der verantwortliche Bauleiter war ein Architekt Neumann, der angeblich gleich nach dem Unglück verhaftet wurde, weil man den Einfuhr auf eine verfehlte Konstruktion des Dachgebälges zurückführen zu müssen glaubte. Vor einige fünf von der Bau schon einmal von der Baupolizei stillgelegt worden sein, weil man mit der Dachkonstruktion nicht zufrieden war. Wenn das wahr sein sollte, dann hätte die Polizei also ein gut Stück Verantwortung mitzutragen.

Aus anderen Berufen.

*** Tarifabschluß im Malergewerbe.** Die unter der Leitung der Herren Drs. Brenner, b. Schulz und Wiedfeldt anberaumten Einigungsverhandlungen sind beendet und haben mit einem Schiedsspruch geendet. Der Schiedsspruch lautet:

„1. In Wohngebieten, wo die Arbeitszeit länger als zehn Stunden ist, wird sie vom Beginn des Vertrages ab auf zehn Stunden herabgesetzt. Eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit tritt gegenwärtig nicht ein. 2. In Wohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnverordnungen für die Vertragsdauer vereinbart wurden, sind diese Erhöhungen aufrecht zu erhalten. 3. In Wohngebieten, wo von der zuständigen Arbeitgeberorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im deutschen Malergewerbe Lohnverordnungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Lohnverordnungen ohne Einschränkungen durchzuführen. 4. In den übrigen Wohngebieten ist, so weit im Jahre 1907 keine Lohnverhöhung vorgenommen ist, der Stundenlohn vom Beginn der Vertragsdauer um 2 p, so weit im Jahre 1907 eine Lohnverhöhung vorgenommen ist, der Stundenlohn vom Beginn der Vertragsdauer um 1 p, und vom 1. Januar 1908 um einen weiteren Pfennig zu erhöhen. 5. Für jeden Bezirk oder Gau, nötigenfalls für jedes Wohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter einem Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das alle außer der Frage der Arbeitszeit und des Lohnes bestehenden Streitfragen bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat. 6. Die Zentralverbände der vertragsschließenden Parteien haben bis zum 7. Mai, vormittags 11 Uhr, im Kollegium der unparteiischen Vorstehenden im Einigungsamt, Zimmerstraße, Berlin, die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedsspruches zu erklären.“

Die beteiligten Organisationen haben den Schiedsspruch angenommen. Damit ist die Ausperrung in Süddeutschland erledigt. Nun besteht auch für das Malergewerbe ein „Normalarif“, dem freilich erst viele Gattungen ausgebrochen werden mußten. Beispielsweise verlangten die Unternehmer in allem Ernst, daß die Arbeiter eine Kautions in wöchentlichen Raten von je 1 Mark abzugeben lassen sollten, die dem Unternehmer als Deckung für etwaigen Schaden, den der Gehilfe ihm zugefügt, dienen sollte. Als hierüber keine Einigung zu erzielen war, beileigten die Unparteiischen dies monstrosen Verlangen durch einen Schiedsspruch. Neben rechtlichen Gründen führten sie an, daß bei der großen Zahl wenig kapitalstarker Betriebe im deutschen Malergewerbe nicht alle Meister ohne Unterschied eine solche Sicherheit böten, daß ihnen allgemein die Verwahrung der Kautions unbedingt übertragen werden könnte. Das ist sehr wahr, aber trotzdem wird es den Unternehmern verbleiben, nicht wenig Bauchgrimmen zu verursachen. An dem Normalarif erscheint eine Bestimmung bedenklich, die besagt:

„Wird bei einer Arbeit die angemessene Gegenleistung durch Verschulden des Gehilfen nicht erreicht, so ist der Meister zu einer entsprechenden Lohnminderung berechtigt, die jedoch nicht über 10 pSt. des hierfür verdienten Lohnes hinausgehen darf. Umgekehrt ist der Lohn bei Verschulden angemessen zu erhöhen.“ Besteht über die Berechnung sowie über die Höhe der Kürzung oder der Erhöhung

Streit, so entscheidet hierüber die zuständige Tarif-Überwachungskommission nach ihrer Norm unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Falles."

In der Begründung heißt es zwar, durch das Entschendungsrecht der Tarifüberwachungskommission würde die Befürchtung ausgeräumt, als ob durch diese nur für Ausnahmefälle vorgesehene Vorgehensmöglichkeit sozusagen regelmäßig neben dem allgemeinen Mindestlohn noch ein zweiter Mindestlohn eingeführt werden könnte, was selbstverständlich gänzlich ausgeschlossen bleiben muß."

Man muß aber doch abwarten, ob sich diese Kommissionen dazu geeignet erweisen. Die Erfahrungen mit diesen kleineren Kommissionen, die wir im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht haben, sind nicht besonders ermutigend. Wo die Kontrolle einer größeren Öffentlichkeit fehlt, pfeifen die Unternehmer oft auf alle Versprechungen. In dieser Hinsicht werden diese Kommissionen die Bedeutung eines nicht unwichtigen Experiments haben.

Generalversammlungen.

Steinarbeiter. In Cassel wurde vom 6. bis 11. April der dritte Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands abgehalten. Anwesend waren 84 Delegierte. Die Mitgliedszahl ist von 18.402 im Jahre 1906 auf 19.176 im Jahre 1907 gestiegen, ein Mehr von 773, gleich 4,2 pSt. Durch die Einführung der Akkord- und Lohnzahlung ist die Situation der Mitglieder eingedämmt worden. Im Verband bestanden zur Zeit 134 Tarife und vier mündliche Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen. 1907 wurden 53 Lohnkämpfe geführt, die reichlich 1.000.000 Kosten verursachten. Das Resultat der Lohnbewegungen war eine Gesamtlohnsteigerung um 6710 Stunden wöchentlich, die 1765 Kollegen zu gute kam. Erhebungen der Stundenlöhne von 2 bis 10 s. sind zu verzeichnen; die Erhebungen der Akkordtarife bewegen sich zwischen 2 und 25 pSt. Die Gesamteinnahme betrug in der Berichtszeit 1.922.614,00, die Gesamtausgabe 1.571.288. Das Verbandsvermögen betrug am 1. April 1908 1.365.096. Unter der Ausgabe befinden sich 1.415.771 für Mitation. Die Auflage des Verbandsorgans schwankte 1907 zwischen 28.000 und 24.000 Exemplaren. Lieber Streiks und Tarifkämpfen referierte Redakteur Staubinger. Die Streikunterstützung soll künftig vom vierten Tage an gewährt werden und bei einem Wochenbeitrag von 45 s. 9, bei 50 s. 10,50 und bei einem solchen von 55 s. 12 und für jedes Kind unter 14 Jahren in allen Klassen 11 pro Woche betragen. Wenn bei Streiks verheiratete Mitglieder das Streikgeld verlassen, so soll der Familien die Hälfte der Streikunterstützung solange gewährt werden, wie die Arbeitslosigkeit infolge des Streiks dauert. Auch soll den fremdsprachigen Arbeitern bei Streiks eine einmalige Arbeitsunterstützung, deren Höhe Vorstand und Komitee bestimmen, gezahlt werden. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt. Sagen wurde der Vorstand beauftragt, monatlich Statistikarten auszugeben, um Material zur Vorlage einer Erwerbslosenunterstützung für den Verbandstag im Jahre 1910 zu gewinnen. Ein Antrag: „Der Vorstand hat die Wege zur Verschmelzung zu einem gemeinsamen Bauarbeiterverband einzuleiten, wobei jede jetzt bestehende Organisation als Sektion weiter zu bestehen hat, wenn selbige 25000 Mitglieder zählt“, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Dachbeder. Der Zentralverband der Dachbeder hielt vom 21. bis 24. April in Mannheim seinen neunten Verbandstag ab. Es waren 26 Delegierte erschienen. Die Mitgliedszahl ist von 5180 im Jahre 1905 auf gegenwärtig 6684 gestiegen. Die Einnahmen betrugen in den zwei Jahren 1.247.495,56, die Ausgaben 1.229.050,21. Unter anderem wurden ausgegeben für Reiseunterstützung 11.198,09, für Streikunterstützung (hauptsächlich bei der Auspeirung in Berlin) 1.233.171, für Rechtschutz 1.892,21, Sterbegeld 6013,80. Die Lohnbewegungen und die Streiks wurden sämtlich mit Erfolg durchgeführt. Gänzlich erfolglos war nur ein Streik in Frankfurt a. O. In Berlin, Rheinland und Westfalen wurde je ein Gausleiter eingeleitet. Beisloffen wurde, die Gausleiter auf Kosten der Zentralkasse anzustellen. Die Zentralkasse soll zu diesem Zweck 5 pSt. ihrer Einnahmen abgeben. Mit der Beitragsfrage befaßten sich nicht weniger als 42 Entwürfe. Vom Vorstand wurde eine Beitragsverhöhung bringend beauftragt unter Hinweis darauf, daß die Bauhilfsarbeiter trotz ihrer niedrigeren Stundenlöhne seit langem höhere Beiträge zahlen als die Dachbeder. Aus der Debatte darüber ging hervor, daß die kleineren Zahlstellen fast alle für Beitragsverhöhung waren, während die größeren Bedenken dagegen hatten. Es wurde beisloffen, den Beitrag folgendermaßen zu regeln: 1. Klasse (bis 42 s. Stundenlohn) 40 s. wöchentlich, 2. Klasse (bis 47 s.) 45 s., 3. Klasse (bis 52 s.) 50 s., 4. Klasse (bis 57 s.) 55 s., 5. Klasse (bis 62 s.) 60 s., 6. Klasse (bis 67 s.) 65 s., 7. Klasse (bis 72 s.) 70 s. und 8. Klasse (über 72 s. Stundenlohn) 75 s. Extrabeiträge sollen wegfallen; dafür kann im Notfall ein doppelter Beitrag erhoben werden. Mitglieder, die vorübergehend in anderen Berufen arbeiten, sollen mindestens 40 s. Beitrag zahlen. Die Reiseunterstützung wurde auf 1.100 (Schiffsbetrag 200). Die Umzugsunterstützung wurde auf 10 für 10 bis 20 Kilometer, bis 30 für mehr als 20 Kilometer festgelegt. Die Sterbeunterstützung steigt von 50 in der ersten und 55 in der zweiten Klasse bis 80 und 120. Die Streikunterstützung beträgt nach halbjähriger Mitgliedschaft 2 täglich in der ersten bis 3,10 in der zweiten Klasse, für Mitglieder, die dem Verband noch kein halbes Jahr angehören, 1,50 bis 2,25. Die Krankenunterstützung beträgt nach zweijähriger Mitgliedschaft täglich 35 s. bis 80 s. bis zur Dauer von 90 Tagen. Nach vierjähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung auf 60 s. wöchentlich und von da an alle zwei Jahre um 30 s. bis zu einer Höhe von 4,50 bis 7,20. Vom 1. Januar 1909 an soll das Verbandsorgan wöchentlich erscheinen. Eine Preßkommission wurde nicht wiedergebildet, sondern deren Befugnisse wurden dem Vorstand und dem Aufsicht übertragen.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 32. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Was der preussische Volkskultus feiert. Von Heinrich Schulz. — Ausbau der Arbeitersekretariate und Vorbildung ihrer Beamten. Von Arbeitersekretär Fr. Grant (Frankfurt a. M.). — Die Sozialdemokratie in Schweden. Mitteilung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 s. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung in der Zeit von 1896 bis 1906, von Dr. P. G. Schmidt, Verlag von G. Fischer, Jena. Preis M. 14. Wir kommen auf das Werk noch zurück.

Gewerkschaftsbewegung und Alkoholfrage. Von M. Wiffell, Arbeitersekretär. 1. bis 10. Tausend. 32 Seiten 8. Preis 10 s. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Offizientenbund; Johannes Michaelis, Berlin O 17, Lange Straße 11.

Aus dem Schoße der Gewerbe-Inspektionsberichte hat der Verfasser eine große Anzahl von Tatsachen gesammelt, die sehr treffend zeigen, daß der Alkoholschaden noch ansteigt. In der Arbeiterwelt vorzeit. Trotzdem gelangt aber der Nachweis, daß seit einigen Jahren eine vorzeitige Alterung eingetreten ist, um diese nach zu beschleunigen, verlangt der Verfasser von der Gewerkschaftsbewegung und eine direkte Bekämpfung des Alkohols. Er schließt mit den Worten: „Versucht sich die Gewerkschaftsbewegung zu diesem Vorgehen, so wird auch im privaten Leben des Arbeiters die Wirkung nicht ausbleiben: die Trunksitten werden gebrochen, neue Bedürfnisse, das Verständnis und die Empfindung für höhere Genüsse werden geweckt, und das Verlangen, sie zu befriedigen, wird verstärkt werden.“

Das Proletariat und die russische Revolution. Von M. Tscherewanin. Mit einer Vorrede von S. Moland-Holt und einem Anhang von I. I. Semitsch. Verlag von J. S. B. Dieckhoff in Stuttgart. XVI und 170 Seiten. Preis brosch. M. 1,20, gebd. M. 1,50. Aus dem Inhalt: heben wir hervor: I. Die Ursachen der Revolution. II. Vor dem 22. Januar 1905. III. Vom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905. IV. Der Oktoberstreik. V. Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand. VI. Der bewaffnete Aufstand im Dezember. VII. Nach der Niederlage. — Das Jahr 1907. Ein Anhang von S. Semitsch.

Der „Wahre Jakob“ Nr. 10 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Die ersten Blockfrüchte“ und „Auf Korfu“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 s.

Briefkasten.

* An die Berichterstatter, die ihre Berichte in Manuskriptform herstellen, richten wir die dringende Bitte, dabei die normale Breite von ungefähr einem Zentimeter zwischen den einzelnen Zeilen einzubastern. Zu eng gedrucktes Manuskript erschwert uns und den Lesern die Arbeit sehr, und da das nicht die Absicht der Kollegen sein kann, so erwarten wir von den Betreffenden Besserung.

* Einige erst am Montag eingegangene Berichte mußten zurückbleiben.

Raddob, S. W. Die Geschichte ist denn doch zu kleinlich, um im „Grundstein“ veröffentlicht zu werden.

Posen, J. M. Wir haben dafür keine Verwendung.

Krappitz, J. M. Nicht zur Aufnahme geeignet.

Templin. Wer eine gute Sache vertritt, soll uns gegenüber seinen Namen nicht verheimlichen. So können wir mit der Zukunft nichts anfangen.

Saunover. Die Veröffentlichung der Namen der ausgeschlossenen Kollegen ist Sache des Verbandsvorstandes, die Redaktion hat damit nichts zu tun.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Osnabrück.

Für die Zweigvereine der Mänter und Bauhilfsarbeiter Osnabrücks wird ein

Zofalbeamter

gesucht. Bedingung ist eine vierjährige Gewerkschaftsangehörigkeit, Kenntnis der modernen und gegenwärtigen Arbeiterbewegung sowie der Verwaltungsgeschäfte und gute rechnerische Befähigung. Hierüber ist ein schriftlicher Ausweis einzureichen.

Offerten mit Aufschrift „Zofalbeamter“ sind bis zum 23. Mai an **Altemüller, Lohstr. 50, 1. Et.** einzusenden. Die Vorstände.

Der Maurerlehrling **Aug. Meyer**, geb. am 2. Oktober 1891 zu Gelsenkirchen, hat sich heimlich von seinen Eltern entfernt. Sollte er sich irgendwo zur Aufnahme in den Verband melden, was zu erwarten ist, so möge man nach hier sofort Mitteilung gelangen lassen.

K. Hunold, Gelsenkirchen, Hochstraße 1.

Joseph Herrmann, geb. am 12. Dezember 1876 in Gadenbrunn, wird vom Zweigverein Rehaug gesucht. Wer seinen Aufenthaltsort kennt, wird um Mitteilung an **Karl Mooker, Rehaug Nr. 13**, gebeten.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 s.)

Alt-Damm. Am 8. Mai starb nach dreizehnwöchigem schwerem Leiden unser Kollege **Hermann Quandt** im Alter von 58 Jahren an einer Operation.
Bahn. Am 9. Mai starb unser Kollege **Karl Meinert** aus Linde im 50. Lebensjahre an Leberverhärtung.
Barth. Am 6. Mai starb unser treuer Kollege **Karl Krahm** im Alter von 48 Jahren an Magentrebs.
Berlin. (Sektion der Bager. Am 1. Mai starb unser Mitglied **Ferd. Fiehn** im Alter von 61 Jahren an Lungenleide. — Am 2. Mai starb unser Ehrenmitglied **Ernst Fallmer** im Alter von 70 Jahren an chronischer Bauchfellentzündung.
Dresden. Am 30. April starb unser Verbandsmitglied **William Liebscher** aus Döben b. Dresden im Alter von 59 Jahren an Lungenbluten.

Flensburg. Am 8. Mai verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege **Friedr. Thomsen** im 58. Lebensjahre.

Salze a. d. S. Am 4. Mai starb unser Verbandsmitglied **Karl Jäger**, 55 Jahre alt, an Herzschwäche.

Seidenheim. Am 24. April starb unser treues Mitglied **Martin Sauer** im Alter von 28 Jahren an Lungenentzündung.

Siegen. Am 8. Mai starb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Julius Müller** im Alter von 56 Jahren.

Simbach i. S. Am 3. Mai starb infolge Alkohols vom Geruch unser treuer Verbandskollege **Richard Wienhold** aus Reichenbach. — Am 6. Mai starb unser Kollege **Volkmann Wendler** an Herzverengung.

Mannheim. Groß-Mohrheim. Am 3. Mai starb unser treuer Kollege **Heinrich Ahl** im Alter von 39 Jahren an Typhus.

Meißen. Am 30. April starb das Mitglied **Karl Tenner** im Alter von 62 Jahren an Herzleiden.

Neustadt a. d. S. Am 4. Mai starb unser Kollege **Philipp Malz** nach längerem Leiden im Alter von 58 Jahren an der Prostaterkrankheit.

Odenburg. Am 3. Mai starb nach langer Krankheit unser Kollege **Johann Biller** im Alter von 64 Jahren an Lungenentzündung.

Sebnitz. Unser treuer Kollege **Reinhold Hofmann** ist im Alter von 24 Jahren an Blutvergiftung gestorben.

St. Johann. Am 6. Mai verstarb unser treuer Verbandsmitglied **Johann Lambertz** im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.

Wach. Am 7. Mai starb unser treuer Kollege **Konrad Freisleben** im Alter von 50 Jahren an Herzleiden.

Weissenburg. Am 22. April starb unser treues Mitglied **Norbert Strauss** im Alter von 44 Jahren an Lungenentzündung.

Werder a. d. S. Am 4. Mai starb unser treues Mitglied **Gust. Gebhardt** im Alter von 30 Jahren an Lungenleiden.

Gehet ihnen Allen ein!

Otto Obach wird aufgefordert, dem Kollegen **Reinhold Hoffmann** in Stargard i. Pomm., Holzmarktstr. 42, seine Adresse mitzuteilen. [90 s.]

Verksammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 16. Mai.

Bergedorf. Abends 8 Uhr bei Banke.

Sonntag, den 17. Mai.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr im Hofe des Herrn Wille. Wäcker mitbringen!

Glesien. Nachm. 3½ Uhr im „Arbeiterstafel“.

Nieder-Ingelheim. Beim Gohrdt Adrian, zum Gartenfeld. Wäcker sind mitzubringen.

Neudamm. Nachm. 8 Uhr im „Hotel Kaiserhof“. T. D.: Hofnagel.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 19. Mai.

Liegnitz. Abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Mittwoch, den 20. Mai.

Altendurg. Abends 8 Uhr im „Alber“.

Donnerstag, den 21. Mai.

Grünberg i. Schl. Abends 8½ Uhr im Wäcker Lokal.

Sonntag, den 23. Mai.

Langenweizendorf. Abends 8½ Uhr bei Edmund Freytag.

Nürnberg. (Friesenlager.) Abends 8 Uhr im Verbandslokal.

Sonntag, den 24. Mai.

Neuhardenberg. Nachm. 1½ Uhr im Hofe des Herrn Kühn. Tagesordnung sehr wichtig.

Öffentliche Maurerversammlung.

Sonntag, den 17. Mai.

Lauf. Nachm. 3 Uhr bei Rübenberger. Referent Kollege Meier.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.